
Jahresabschluss

273 Jahresabschluss

308 Lagebericht

336 Bestätigungsvermerk

Jahresabschluss

Jahresabschluss 2025

Österreichische Post AG

Einzelabschluss nach österreichischem UGB

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2025

Anhang für das Geschäftsjahr 2025

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktiva	31.12.2024 TEUR	31.12.2025 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	6.315	5.884.955
2. Firmenwert	0	6.051.747
3. geleistete Anzahlungen	3.722	5.761.805
	10.038	17.698.507
II. SACHANLAGEN		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	339.321	340.800.431
2. technische Anlagen und Maschinen	112.688	98.109.690
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	225.188	236.887.728
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	18.587	18.179.208
	695.784	693.977.057
III. FINANZANLAGEN		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	721.147	748.777.667
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.385	4.646.782
3. Beteiligungen	21.840	21.839.911
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	4.849	4.848.686
5. Sonstige Ausleihungen	287	239.218
	750.508	780.352.263
	1.456.330	1.492.027.827
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. VORRÄTE		
1. Hilfs- und Betriebsstoffe	18.019	20.217.156
2. Waren	4.854	3.618.246
	22.873	23.835.402
II. FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0	284.998	256.003.418
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0	103.018	85.148.064
3. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 5.281.732; Vorjahr TEUR 5.412	149.932	129.366.344
	537.948	470.517.827
III. KASSENBESTAND, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN	6.612	97.221.609
	567.433	591.574.838
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	44.031	45.625.002
D. AKTIVE LATENTE STEUERN	19.795	20.922.261
	2.087.589	2.150.149.928

Passiva	31.12.2024 TEUR	31.12.2025 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. EINGEFORDERTES UND EINBEZAHLTES GRUNDKAPITAL		
gezeichnetes Grundkapital	337.763	337.763.190
	337.763	337.763.190
II. KAPITALRÜCKLAGEN		
1. gebundene	12.237	12.236.810
2. nicht gebundene	78.763	78.763.190
	91.000	91.000.000
III. GEWINNRÜCKLAGEN		
1. gesetzliche Rücklage	35.000	35.000.000
2. andere Rücklagen (freie Rücklagen)	10.917	10.916.985
	45.917	45.916.985
IV. BILANZGEWINN	308.334	320.467.382
davon Gewinnvortrag: EUR 184.712.972; Vorjahr: TEUR 184.450		
	783.014	795.147.557
B. INVESTITIONSZUSCHÜSSE	21.996	40.272.719
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	100.202	92.930.685
2. Steuerrückstellungen	0	12.530.440
3. sonstige Rückstellungen	526.671	453.018.025
	626.873	558.479.151
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 75.247.875; Vorjahr: TEUR 55.362 davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 220.000.000; Vorjahr: TEUR 225.000	280.362	295.247.875
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 140.789; Vorjahr: TEUR 6.898 davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0	6.898	140.789
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 159.088.507; Vorjahr: TEUR 145.051 davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0	145.051	159.088.507
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 74.776.272; Vorjahr: TEUR 80.180 davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 44.000.000; Vorjahr: TEUR 0	80.180	118.776.272
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 2.732.148; Vorjahr: TEUR 1.842 davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0	1.842	2.732.148
6. sonstige Verbindlichkeiten davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 145.050.268; Vorjahr TEUR 100.641 davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 11.025.961; Vorjahr: TEUR 12.355	112.997	156.076.229
davon aus Steuern: EUR 24.191.228; Vorjahr: TEUR 3.229		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 25.683.192; Vorjahr: TEUR 7.794		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 457.035.859; Vorjahr: TEUR 389.974 davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 275.025.961; Vorjahr: TEUR 237.355	627.329	732.061.820
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	28.376	24.188.681
	2.087.589	2.150.149.928

Gewinn und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2025

	2024 TEUR	2025 EUR
1. Umsatzerlöse	2.228.077	2.214.437.196
2. aktivierte Eigenleistungen	983	1.486.273
3. sonstige betriebliche Erträge	44.917	49.743.021
a) Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	3.402	9.348.777
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	26.751	18.406.234
c) übrige	14.764	21.988.009
4. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen	-554.513	-566.665.325
a) Materialaufwand	-54.110	-49.260.938
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-500.403	-517.404.387
5. Personalaufwand	-1.084.287	-1.069.679.230
a) Gehälter	-850.680	-828.387.994
b) soziale Aufwendungen	-233.606	-241.291.236
aa) Aufwendungen für Altersversorgung	-162	-154.800
bb) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-7.797	-8.733.923
cc) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-208.217	-218.069.987
dd) Sonstige Sozialaufwendungen	-17.431	-14.332.526
6. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-93.852	-87.116.003
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	-392.532	-387.448.184
a) Steuern, soweit nicht vom Einkommen und Ertrag	-12.341	-13.906.820
b) übrige	-380.191	-373.541.364
8. ZWISCHENSUMME AUS Z 1 BIS 7 (BETRIEBSERGEBNIS)	148.794	154.757.748
9. Erträge aus Beteiligungen	50.708	27.152.000
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 27.140.000; Vorjahr: TEUR 50.708		
10. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	506	610.729
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.052	3.913.255
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 193.975; Vorjahr: TEUR 235		
12. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	6.164	17.129.087
13. Aufwendungen aus Finanzanlagen	-45.891	-15.386.400
davon Abschreibungen: EUR 15.386.400; Vorjahr: TEUR 45.882		
davon Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen: EUR 15.386.400; Vorjahr: TEUR 45.891		
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-13.857	-12.247.079
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 1.759.913; Vorjahr: TEUR 3.185		
15. ZWISCHENSUMME AUS Z 9 BIS 14 (FINANZERGEBNIS)	5.682	21.171.592
16. ERGEBNIS AUS UMGRÜNDUNGEN	2.162	0
17. ERGEBNIS VOR STEUERN	156.637	175.929.340
18. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-32.753	-40.174.929
a) laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-34.771	-41.681.256
b) latente Steuern vom Einkommen und Ertrag	2.018	1.506.327
19. ERGEBNIS NACH STEUERN	123.885	135.754.411
20. JAHRESÜBERSCHUSS	123.885	135.754.411
21. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	184.450	184.712.972
22. BILANZGEWINN	308.334	320.467.382

Anhang für das Geschäftsjahr 2025

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	279
1. Allgemeine Angaben	280
2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	280
2.1 Allgemeine Grundsätze	280
2.2 Klimabezogene Aspekte	280
2.3 Makroökonomisches/Geopolitisches Umfeld	281
2.4 Anlagevermögen	282
2.5 Umlaufvermögen	282
2.6 Latente Steuern	283
2.7 Investitionszuschüsse	283
2.8 Rückstellungen	283
2.9 Verbindlichkeiten	286
2.10 Umsatzsteuer	287
3. Erläuterungen zur Bilanz	288
3.1 Anlagevermögen	288
3.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	290
3.3 Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	291
3.4 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	291
3.5 Aktive latente Steuern	291
3.6 Eigenkapital	292
3.7 Investitionszuschüsse	292
3.8 Rückstellungen	293
3.9 Verbindlichkeiten	295
3.10 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	296
3.11 Haftungsverhältnisse	296
3.12 Sonstige finanzielle Verpflichtungen	296
3.13 Aktienbasierte Vergütungsprogramme	296
4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	299
4.1 Umsatzerlöse	299
4.2 Aktivierter Eigenleistungen	299
4.3 Sonstige betriebliche Erträge	300
4.4 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen	300
4.5 Personalaufwand	300
4.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	301
4.7 Erträge aus Beteiligungen	303
4.8 Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	303
4.9 Aufwendungen aus Finanzanlagen	303
4.10 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	303
4.11 Steuern vom Einkommen und Ertrag	304
5. Sonstige Angaben	305
5.1 Angaben zu nahestehenden Unternehmen und Personen	305
5.2 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	305
5.3 Derivate Finanzinstrumente	305
5.4 Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats	305

1. Allgemeine Angaben

Die Österreichische Post AG ist das landesweit führende Post-, Logistik- und Dienstleistungsunternehmen mit den Geschäftsbereichen Brief, Paket sowie Filial- und Finanzdienstleistungen. Zum Unternehmensgegenstand der Österreichische Post AG zählen die Beförderung von Briefen, Werbesendungen, Printmedien und Paketen, Speziallogistik wie Expresszustellung, der Vertrieb von Telekomprodukten und Handelswaren im Filialnetz und die Erbringung von Finanzdienstleistungen in Kooperation mit dem Tochterunternehmen bank99 AG.

Das Filialnetz der Österreichische Post AG zählt zu den größten Privatkund*innennetzen des Landes und bietet seinen Kunden*innen in ganz Österreich hochwertige Produkte und Services in den Bereichen Post, Bank und Telekommunikation.

Durch die flächendeckende und zuverlässige Versorgung der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft mit Postdienstleistungen liefert das Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung und Absicherung der Logistikinfrastruktur des Landes.

Der Sitz der Österreichische Post AG befindet sich in Wien, Österreich. Die Anschrift lautet Rochusplatz 1, 1030 Wien. Die Gesellschaft ist in das Firmenbuch beim Handelsgericht Wien zu FN 180219d eingetragen. Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 221 UGB.

Die Österreichische Post AG ist ein konsolidierungspflichtiges Mutterunternehmen im Sinne des § 244 UGB und stellt gemäß § 245a Abs. 1 UGB ihren Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) auf.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1 Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB) in der geltenden Fassung, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, erstellt.

Für die Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten. Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden berücksichtigt.

Die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren. Der Jahresabschluss wurde in Euro aufgestellt. Alle Beträge, sofern nicht anders angeführt, sind in tausend Euro (TEUR) angegeben. Bei Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatisierter Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

2.2 Klimabezogene Aspekte

Als Post-, Logistik- und Dienstleistungsunternehmen ist die Österreichische Post AG klimabezogenen Unsicherheiten und Risiken ausgesetzt, welche sich potenziell negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens auswirken können.

Zur effektiven Steuerung der klimabezogenen Risiken und Verwirklichung des klimabezogenen Chancenpotenzials hat die Österreichische Post AG eine integrierte Unternehmens- und Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt. Klimabezogene Risiken fließen über die Maßnahmenumsetzung zur Minimierung der

klimabezogenen Risiken in die Finanzplanung der Österreichische Post AG mit ein. Relevante klimabezogene Maßnahmen haben dabei im Rahmen der Zahlungsströme vorwiegend Auswirkungen auf die Investitionsausgaben, da darunter beispielsweise die Anschaffung von E-Fahrzeugen und Photovoltaikanlagen fällt. Darüber hinaus werden durch das Heranziehen von aktuellen Markt- und Länderrisikoprämien etwaige klimabedingte systematische Risikofaktoren in den durchschnittlich gewichteten Kapitalkosten (WACC) berücksichtigt. Zum 31. Dezember 2025 ergab sich daraus kein Bedarf für eine außerplanmäßige Abschreibung.

Ebenso wurde im Zuge der Finanzplanung für das Geschäftsjahr 2025 eine Planung von Treibhausgasemissionen für die Jahre 2026–2029 durchgeführt, welche die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung und geplanten Maßnahmen zur Treibhausgasreduktion verdeutlichen soll. Dies trägt unmittelbar zur effektiven Steuerung von klimabezogenen Chancen und Risiken sowie zur Erreichung der Klimaziele der Österreichische Post AG bei.

Des Weiteren wurden entsprechende Maßnahmenpakete definiert, welche unter anderem die Treibhausgasemissionsvermeidung (beispielsweise durch E-Fahrzeuge) zum Ziel haben. Auch werden laufend weitere Maßnahmen evaluiert, die potenzielle Auswirkungen des Klimawandels reduzieren sollen (beispielsweise Schutz vor sommerlicher Übererwärmung durch Verschattung oder Grünraumkonzepte in Logistikzentren), sowie um neu erlassene Gesetze oder Verordnungen umzusetzen. Da die gesetzten Maßnahmen zeitlich gestaffelt über einen mehrjährigen Zeithorizont umgesetzt werden und auf die Nutzung erneuerbarer Energien gesetzt wird, ergeben sich für das Geschäftsjahr 2025 keine wesentlichen Umstellungs- bzw. Einmaleffekte sowie keine wesentlichen klimatischen Ergebnisschwankungen. Ebenso resultieren auf dieser Grundlage keine wesentlichen Auswirkungen auf die erwarteten Nutzungsdauern zum 31. Dezember 2025. Es liegen auch keine Verpflichtungen aus rechtlichen Rahmenbedingungen oder etwaigen Klimaveränderungen vor, welche die Bildung einer Rückstellung gem. § 198 Abs. 8 Z 1 UGB zum 31. Dezember 2025 begründen.

Im Bereich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstigen Forderungen wurden keine Kund*innen identifiziert, welche durch klimatische Ereignisse oder klimabedingte Maßnahmen bzw. Gesetze betroffen oder in ihrer Kreditwürdigkeit beeinträchtigt sind. Es ergaben sich daher keine klimabedingten Auswirkungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstigen Forderungen.

Insgesamt ergeben sich damit zum 31. Dezember 2025 keine wesentlichen klimabezogenen Risiken auf den Jahresabschluss der Österreichische Post AG sowie keine Effekte auf die Fortführung der Geschäftstätigkeit.

Die Entwicklung der klimabezogenen Risiken ist mit Unsicherheiten behaftet und wird laufend überwacht und im Risikomanagement der Österreichische Post AG berücksichtigt. Darüber hinaus sind Nachhaltigkeitsziele mit Klimarelevanz in den variablen Gehaltsbestandteilen des Topmanagements integriert.

2.3 Makroökonomisches/Geopolitisches Umfeld

Die aktuellen Entwicklungen und sich ergebenden Unsicherheiten aus dem makroökonomischen bzw. geopolitischen Umfeld werden laufend überwacht und potenzielle Auswirkungen auf den Jahresabschluss überprüft. Im Geschäftsjahr 2025 wurden weiterhin insbesondere die konjunkturelle Entwicklung sowie das Zins- und Inflationsumfeld analysiert und in den relevanten Bewertungs- und Schätzungsprozessen berücksichtigt.

Unsicherheitsfaktoren aus makroökonomischen Entwicklungen, insbesondere aus dem aktuellen Inflations- und Zinsumfeld, wurden im Rahmen der Ermittlung des beizulegenden Wertes der Finanzanlagen gemäß § 204 Abs 2 über die durchschnittlich gewichteten Kapitalkosten (WACC) bzw. bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von Immobilien gemäß § 204 Abs 2 die maßgeblichen Parameter wie Zinssätze, Mieten und Instandhaltungskosten berücksichtigt. Ebenso wird das aktuelle Inflationsumfeld in den Zahlungsströmen abgebildet. Aus den Überprüfungen ergab sich kein Anhaltspunkt und folglich kein Bedarf für eine Wertminderung für das Geschäftsjahr 2025.

Im Bereich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Forderungen sind im Geschäftsjahr 2025 keine nennenswerten beobachtbaren bzw. erwarteten Änderungen des geschätzten

Ausfallrisikos aus makroökonomischen oder geopolitischen Entwicklungen identifiziert worden. Es ergaben sich daher keine wesentlichen Auswirkungen auf die Wertberichtigungen.

Im Bereich der Bewertung von Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgeldzusagen ergaben sich zum 31. Dezember 2025 keine wesentlichen Auswirkungen. Die aktuellen wirtschaftlichen Auswirkungen sind in den versicherungsmathematischen Parametern widerspiegelt.

Auch in den anderen Bereichen gab es keine wesentlichen Einflüsse, wodurch zum 31. Dezember 2025 keine wesentlichen Auswirkungen auf den Jahresabschluss der Österreichische Post AG identifiziert werden konnten.

2.4 Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände und **Sachanlagen** werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung durchgeführt. Zuschreibungen werden bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung bzw. bei einer Wertaufholung maximal auf die fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten vorgenommen.

Die planmäßigen Abschreibungen werden linear unter Zugrundelegung folgender Nutzungsdauern und Abschreibungssätze berechnet:

	Nutzungsdauer in Jahren	Abschreibungssatz in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	3 – 10	10,00 – 33,33
Gebäude	10 – 50	2,00 – 10,00
Technische Anlagen und Maschinen	5 – 10	10,00 – 20,00
Fuhrpark	4 – 10	10,00 – 25,00
EDV- und technische Ausstattung	3 – 6	16,67 – 33,33
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5 – 20	5,00 – 20,00

Für Zugänge des 1. Halbjahres wird die volle Jahresabschreibung, für Zugänge des 2. Halbjahres die halbe Jahresabschreibung angesetzt.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten kleiner als EUR 1.000 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. In der Entwicklung des Anlagevermögens werden sie als Zu- und Abgang sowie Abschreibung des Geschäftsjahres ausgewiesen.

Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn der beizulegende Zeitwert zum Abschlussstichtag niedriger ist und die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind. Bei Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wird der beizulegende Wert auf Basis einer Unternehmensbewertung ermittelt. Es werden hierfür die erwarteten künftigen Cashflows mithilfe der Discounted-Cashflow-Methode unter Verwendung der durchschnittlich gewichteten Kapitalkosten (Weighted Average Cost of Capital) nach Steuern auf ihren Barwert abgezinst. Die Ermittlung des beizulegenden Wertes für die bank99 AG erfolgt aufgrund der spezifischen Charakteristika von Finanzinstituten unter Anwendung eines Ertragswertverfahrens in Form des Dividend Discount Modells. Dabei werden die den Eigentümer*innen zufließenden zukünftigen Ausschüttungen unter Verwendung eines Eigenkapitalkostensatzes auf ihren Barwert abgezinst.

2.5 Umlaufvermögen

Die Bewertung der **Vorräte** erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Die Bestandswertermittlung wird in einem ersten Schritt nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren durchgeführt. Der zweite Schritt der Bewertung umfasst eine gegebenenfalls

erforderliche Abwertung auf einen zum Bilanzstichtag unter dem Durchschnittspreis liegenden niedrigeren Einkaufspreis. Der letzte Bewertungsschritt berücksichtigt die Gängigkeit der Vorräte. Nach Maßgabe der Umschlaghäufigkeit werden, wenn nötig, vom Bestandswert entsprechende Abschläge (bis zu 100 %) vorgenommen.

Die **Forderungen** werden zum Nennwert angesetzt und zum Abschlussstichtag auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgewertet. Der niedrigere beizulegende Wert wird anhand von statistisch ableitbaren Erfahrungswerten aus gleich gelagerten Sachverhalten ermittelt. Zusätzlich werden erkennbare Einzelrisiken bei wesentlichen Forderungen berücksichtigt. Soweit erforderlich, wird eine spätere Fälligkeit von Forderungen durch Abzinsung berücksichtigt.

Sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bewertet, soweit nicht im Fall erkennbarer Einzelrisiken der niedrigere beizulegende Wert angesetzt wird.

Die **liquiden Mittel** sind zum Nennwert angesetzt.

Fremdwährungsforderungen werden mit dem Entstehungskurs oder mit dem niedrigeren Devisenkurs des Bilanzstichtages angesetzt. Die Forderungen aus dem internationalen Postgeschäft werden großteils in Euro bzw. Sonderziehungsrechten abgerechnet. Die Bewertung der Sonderziehungsrechte erfolgt zum Referenzkurs des International Monetary Fund zum Bilanzstichtag.

2.6 Latente Steuern

Für Unterschiede zwischen unternehmensrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen bei Vermögensgegenständen, Rückstellungen sowie Verbindlichkeiten, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich ausgleichen, werden latente Steuern angesetzt. Führen diese Unterschiede in Zukunft zu einer Steuerentlastung, werden aktive latente Steuern in der Bilanz ausgewiesen. Ergibt sich aus den Unterschieden insgesamt eine Steuerbelastung, wird eine Rückstellung für passive latente Steuern gebildet.

2.7 Investitionszuschüsse

Investitionszuschüsse werden nach der Bruttomethode erfolgsneutral in einem gesonderten Passivposten ausgewiesen und über die Nutzungsdauer der betroffenen Anlage ertragswirksam aufgelöst.

2.8 Rückstellungen

Rückstellungen für Abfertigungen werden für gesetzliche und vertragliche Ansprüche von Angestellten gebildet. Die Rückstellung wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung der Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IAS 19) berechnet. Die Bewertung erfolgt nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) unter Zugrundelegung eines gesetzlichen Pensionsantrittsalters von 61,5 bis 65 Jahren für weibliche und von 65 Jahren für männliche Angestellte unter Berücksichtigung der Übergangsbestimmungen gemäß Pensionsharmonisierungsgesetz 2003 und der schrittweisen Anhebung des Regelpensionsalters für Frauen. Beamt*innen haben grundsätzlich keinen Anspruch auf Abfertigungszahlungen. Der sich aus der Aufzinsung der Rückstellung für Abfertigungen ergebende Zinsaufwand wird im Finanzergebnis erfasst. Die sich aus der Änderung der Parameter ergebenden Effekte werden grundsätzlich im Personalaufwand ausgewiesen. Übersteigen in einem Jahr die Verminderungen die Zuweisungen an die jeweiligen Rückstellungen, wird der positive Saldo in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Zur Ermittlung des für die Abzinsung anzuwendenden Zinssatzes wird von einem Index für erst-rangige, festverzinsliche Industriefinanzierungen (Mercer Pension Discount Yield Curve) ausgegangen und daraus der relevante Zinssatz gemäß der Fristigkeit (Duration) der einzelnen Verpflichtungen abgeleitet. Die in der versicherungsmathematischen Berechnung berücksichtigten biometrischen Annahmen beruhen auf den von der Aktuarvereinigung Österreichs herausgegebenen Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung („Sterbetafeln“). Für die Berechnung wurden die veröffentlichten Rechtsgrundlagen für die Pensionsversicherung (Pensionstabellen AVÖ 2018-P) herangezogen. Die zur Anwendung kommenden Gehaltssteigerungen erfolgen aus der Ableitung von zukünftig erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen. Diese basieren auf der Durchschnittsbetrachtung der vergangenen Jahre sowie auf den zukünftig erwarteten

Gehaltssteigerungen. Die Ermittlung erfolgte für jede Rückstellung individuell unter Beachtung der gesetzlichen und kollektivvertraglichen Vorgaben. Die angesetzten Fluktuationsraten wurden abhängig vom Dienstalter basierend auf den Erfahrungswerten der vergangenen Jahre ermittelt und ein Ansatz als nicht notwendig erachtet.

Folgende Parameter wurden der Berechnung zu Grunde gelegt:

	2024	2025
Rechnungszinssatz	3,50 %	4,25 %
Gehaltssteigerung	3,75 %	3,50 %

Für Dienstnehmer*innen, deren Dienstverhältnis nach dem 31. Dezember 2002 begonnen hat, werden die Abfertigungsverpflichtungen durch die laufende Entrichtung entsprechender Beiträge an eine Mitarbeitervorsorgekasse abgegolten.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden in Höhe des bestmöglich geschätzten Erfüllungsbetrages gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehenden Verbindlichkeiten. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit einem marktüblichen Zinssatz (3,00 % – 4,25 %) abgezinst. Sie umfassen im Wesentlichen Vorsorgen für Personal, für Verpflichtungen zur Zahlung von Jubiläumsgeldern, für noch nicht konsumierte Urlaube, Unterauslastungen, Verpflichtungen für Personalanpassungsmaßnahmen und sonstige ungewisse Verbindlichkeiten.

Für Verpflichtungen zur Zahlung von **Jubiläumsgeldern** wird eine Rückstellung gebildet. In der Österreichische Post AG bestehen zum Teil Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitenden, bei Erreichen einer bestimmten Dienstzugehörigkeit, Jubiläumsgelder auszuzahlen. Jubiläumsgelder gebühren den Beamt*innen und den Angestellten nach Dienstordnung der Österreichische Post AG nach 25 Dienstjahren in Höhe eines 2-fachen Monatsgehaltes und nach 40 Dienstjahren in Höhe eines 4-fachen Monatsgehaltes. Eine Jubiläumszuwendung in Höhe des 4-fachen Monatsgehaltes kann gewährt werden, wenn der*die Beamt*in nach einer Dienstzeit von 35 Jahren aus dem Dienststand ausscheidet und spätestens am Tag des Ausscheidens das 65. Lebensjahr vollendet. Die Angestellten im Kollektivvertrag Teil 1 erhalten Jubiläumsgelder nach 20 Dienstjahren in Höhe eines Monatsbezuges, nach 25 Dienstjahren in Höhe eines 1,5-fachen Monatsgehaltes, nach 35 Dienstjahren in Höhe eines 2,5-fachen Monatsgehaltes und nach 40 Dienstjahren in Höhe eines 3,5-fachen Monatsgehaltes.

Die Berechnung erfolgt analog dem Verfahren für die Abfertigungsrückstellung nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method). Ebenso erfolgt die Berücksichtigung biometrischer Annahmen in der Berechnung analog zu dem unter den Rückstellungen für Abfertigungen beschriebenen Vorgehen.

Der sich aus der Aufzinsung der Rückstellungen für Jubiläumsgelder ergebende Zinsaufwand wird im Finanzergebnis erfasst. Die sich aus der Änderung der Parameter ergebenden Effekte werden grundsätzlich im Personalaufwand ausgewiesen. Übersteigen in einem Jahr die Verminderungen die Zuweisungen an die jeweiligen Rückstellungen, wird der positive Saldo in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Folgende Parameter wurden der Berechnung zu Grunde gelegt:

	2024	2025
Rechnungszinssatz	3,50 %	4,25 %
Gehaltssteigerung	3,50 %	3,25 % - 3,50 %
Fluktuationsrate	1,64 % - 16,93 %	1,37 % - 15,85 %

Die Rückstellung für Unterauslastung beinhaltet im Wesentlichen Vorsorgen für unkündbare Mitarbeiter*innen, die der Organisationseinheit **Post-Arbeitsmarkt** zugeordnet sind, für **Personalkostenunterdeckungen** sowie für Verfahren zur Versetzung beamteter Mitarbeiter*innen in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit. Die dieser Rückstellung zugrundeliegenden Dienstverhältnisse führen zu drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften, da bei diesen keine Ausgewogenheit der Leistungsbeziehung besteht.

Für Mitarbeiter*innen der Organisationseinheit **Post-Arbeitsmarkt** werden Vorsorgen für künftige Personalaufwendungen von unkündbaren Mitarbeitenden (vor allem beamtete Mitarbeitenden) gebildet, die im Rahmen des laufenden post-internen Organisationsprozesses zur Anpassung an die sich ändernden Marktbedingungen ihren Arbeitsplatz verlieren und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr in einem untergeordneten Ausmaß zur Leistungserbringung eingesetzt werden können und somit der Organisationseinheit Post-Arbeitsmarkt zugeordnet werden.

Die Rückstellung für Unterauslastung wird als Barwert der bis zur Pensionierung anfallenden Personalaufwendungen ermittelt - unter Berücksichtigung eines durchschnittlichen Unterauslastungsgrades sowie einer Fluktuationsrate. Bei unkündbaren Mitarbeitenden, die intern oder extern zu nicht kostendeckenden Konditionen verleast werden, erfolgt die Berechnung auf Basis der prozentuellen Kostenunterdeckung unter Einbeziehung künftiger Entwicklungen. Alle Parameter werden regelmäßig evaluiert. In der Entwicklung der Rückstellung für den Post-Arbeitsmarkt erfolgte eine saldierte Darstellung von Neubildung und Auflösung.

Die Rückstellung für den Post-Arbeitsmarkt wird seit 2024 versicherungsmathematisch unter Berücksichtigung altersabhängiger Fluktuationsraten durch einen externen Experten berechnet.

Folgende Parameter wurden bei der Berechnung der Rückstellungen für den Post-Arbeitsmarkt zugrunde gelegt und deren Veränderung führte – ceteris paribus – jeweils zu folgenden Änderungen der Rückstellung für den Post-Arbeitsmarkt:

Post Arbeitsmarkt	2024	2025	Änderung in TEUR
Rechnungszinssatz	3,00 %	3,25 %	–690
Gehaltssteigerung	3,50 %	3,00 %	–1.424
Fluktuationsabschlag/Fluktuationsrate	4,30 % - 7,30 %	4,40 %-7,70 %	–1.666
Unterauslastungsgrad	51,30 % - 100,00 %	50,10 %-100 %	–285

Vorsorgen für **Personalkostenunterdeckungen** werden für unkündbare Mitarbeitende (insbesondere Beamt*innen) gebildet, die unternehmensintern nach fremdüblichen Gesichtspunkten dauerhaft – nicht kostendeckend – zur Verfügung gestellt werden. Die Rückstellung entspricht dem Barwert der bis zur Pensionierung erwarteten Kostenunterdeckung. Alle Parameter werden regelmäßig evaluiert.

Für beamtete **Mitarbeitende**, die sich in einem Verfahren zur **Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit** befinden, werden Vorsorgen für noch zu erbringende Leistungen gebildet. Die Rückstellung entspricht dem Barwert der Aufwendungen für den Zeitraum der erwarteten Verfahrensdauer. Alle Parameter werden regelmäßig evaluiert.

Der Barwert der Rückstellungen für Personalkostenunterdeckungen und Mitarbeitende, die sich in einem Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand befinden, wird unter Berücksichtigung eines Abzinsungssatzes und der erwarteten Gehaltssteigerung ermittelt.

Folgende Parameter wurden bei der Berechnung der Vorsorgen für Personalkostenunterdeckungen sowie der Rückstellungen für Mitarbeitende, die sich in einem Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand befinden, zugrunde gelegt:

Sonstige Unterauslastung	2024	2025
Rechnungszinssatz	2,75 % - 3,25 %	3,00 % - 3,50 %
Gehaltssteigerung	3,25 % - 3,50 %	2,50 % - 3,00 %

2.9 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt.

Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit ihrem Entstehungskurs oder mit dem höheren Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet. Verbindlichkeiten aus dem internationalen Postverkehr werden großteils in Euro bzw. in Sonderziehungsrechten abgerechnet. Die Bewertung der Sonderziehungsrechte erfolgt zum Bilanzstichtag mit dem Referenzkurs des International Monetary Fund.

2.10 Umsatzsteuer

UMFANG DER UMSATZSTEUERBEFREIUNG

In der Europäischen Union stellen die Postdienste ein wesentliches Instrument für Kommunikation und Informationsaustausch dar und spielen eine grundlegende Rolle im Rahmen der Zielsetzungen des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts in der Union. Um diese Zielsetzung zu erreichen, werden die Mitgliedsstaaten verpflichtet, einen Universaldienst sicherzustellen, der ständig flächendeckend postalische Dienstleistungen einer bestimmten Qualität zu tragbaren Preisen für alle Nutzer*innen bietet. Aus diesem Grund sind gemäß Artikel 132 der EU-Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (2006/112/EG) dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten (und somit auch von öffentlichen Posteinrichtungen ausgeführten Dienstleistungen) steuerfrei. Das Urteil des EuGHs (C-357/07) konkretisiert den Begriff „öffentliche Posteinrichtungen“ und schränkt die Umsatzsteuerbefreiung auf Leistungen ein, die ein*e Betreiber*in von Universaldienstleistungen als solcher ausführt.

Durch die Verpflichtung, diese Regelungen in die nationale Rechtslage zu übernehmen, wurde im österreichischen Umsatzsteuergesetz mit Wirkung 1. Jänner 2011 festgeschrieben, dass nur mehr Universaldienstleistungen (v.a. Briefe bis 2 kg und Pakete bis 10 kg) eines Universaldienstbetreibers umsatzsteuerfrei sind (§ 6 Abs 1 Z 10 lit b UStG). Vom Universaldienst ausdrücklich ausgenommen und daher auch von der oben genannten Umsatzsteuerbefreiung sind jedoch Postsendungen, die bei Verteilzentren ausgeliefert werden. Dies gilt auch für Leistungen, deren Bedingungen individuell ausgehandelt worden sind.

PRO-RATA-SATZ

Der Leistungsumfang der Österreichische Post AG umfasst Produkte und Dienstleistungen, die gemäß Umsatzsteuergesetz (UStG) sowohl steuerfrei (v.a. Universaldienstleistungen sowie die Vermittlung von Bankdienstleistungen) als auch steuerpflichtig (restliche Produkte) behandelt werden. Können Aufwendungen nicht exakt einem Umsatz zugeordnet werden, so kommt beim Vorsteuerabzug der sogenannte Pro-rata-Satz zur Anwendung. Dieser stellt die Relation der steuerpflichtigen Umsätze zu den gesamten Umsätzen dar und betrug im Geschäftsjahr 2025: 68,96 % (2024: 65,98 %).

3. Erläuterungen zur Bilanz

3.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Abschreibung des Geschäftsjahres sind im Anlagenspiegel (Anlage 1) dargestellt.

In den Immateriellen Vermögensgegenständen ist zum Bilanzstichtag ein Firmenwert in Höhe von TEUR 6.052 (2024: TEUR 0) ausgewiesen. Dieser resultiert aus der Übernahme eines Teilbetriebes der Tochtergesellschaft feibra GmbH im Zuge einer Spaltung im Geschäftsjahr 2025. Die planmäßige Abschreibung des Firmenwerts erfolgt linear über eine Nutzungsdauer von 10 Jahren.

In den Sachanlagen ist bei den Grundstücken der Österreichische Post AG ein Grundwert von TEUR 101.414 (2024: TEUR 101.773) enthalten.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden in Höhe von TEUR 15.386 (2024: TEUR 45.882) außerplanmäßig abgeschrieben:

TEUR	2024	2025
feibra GmbH	16.346	7.356
Post Business Solutions GmbH	0	7.134
Post 104 Beteiligungs GmbH	0	896
bank99 AG	20.334	0
Post 001 Finanzierungs GmbH	9.202	0
	45.882	15.386

Die außerplanmäßige Abschreibung der Gesellschaft feibra GmbH in Höhe von TEUR 7.356 (2024: TEUR 16.346) ist auf die im Geschäftsjahr 2025 erfolgte Ausschüttung sowie auf die gesunkenen zukünftigen Ertragspotenziale zurückzuführen.

Bei den außerplanmäßigen Abschreibungen der Post Business Solutions GmbH in Höhe von TEUR 7.134 (2024: TEUR 0) sowie jener der Post 104 Beteiligungs GmbH in Höhe von TEUR 896 (2024: TEUR 0) handelt es sich um Wertanpassungen aufgrund reduzierter Ertragspotenziale in der Zukunft.

In den Wertpapieren des Anlagevermögens sind im Wesentlichen Anteile von 1,7% an der Wiener Börse AG in Höhe von TEUR 4.212 (2024: TEUR 4.212) enthalten, welche die Österreichische Post AG aufgrund ihrer Notierung an der Wiener Börse hält. Der beizulegende Zeitwert der Anteile zum Stichtag beträgt TEUR 6.853 (2024: TEUR 6.585). Die Bewertung dieser Anteile erfolgt unter Zugrundelegung des Exit-Preises auf Basis des bestehenden Syndikatsvertrages sowie regelmäßiger indexbasierter Wertanpassungen.

Im Geschäftsjahr 2025 wurden Zuschreibungen der Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 17.112 vorgenommen (2024: TEUR 6.164):

TEUR	2024	2025
bank99 AG	0	15.783
Post Interne Service und Finanzierungs GmbH	1.396	1.329
Adelheid GmbH	4.613	0
Post 104 Beteiligungs GmbH	155	0
	6.164	17.112

Bei der Zuschreibung der bank99 AG in Höhe von TEUR 15.783 (2024: TEUR 0) handelt es sich um eine Wertaufholung aufgrund des im Geschäftsjahr erreichten Break-even sowie verbesserter zukünftiger Ertragspotenziale. Im Vorjahr wurde eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von TEUR 20.334 vorgenommen.

Zum 31. Dezember 2025 bestehen Ausleihungen des Finanzanlagevermögens in Höhe von TEUR 250 mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr (2024: TEUR 0).

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Österreichische Post AG

	Anteil zum 31.12.2025	Eigenkapital zum 31.12.2025	Jahresergebnis 2025
Name und Sitz der Gesellschaft	%	TEUR	TEUR
ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN			
adverserve Holding GmbH, Wien ¹⁾	100,00	1.207	-3
Agile Actors GmbH, Wien ¹⁾	100,00	17.810	1.606
AUSTRIAN POST International Deutschland GmbH, Bonn	100,00	4.425	1.303
feibra GmbH, Wien	100,00	3.652	1.821
Post 104 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	252	-897
Post 206 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	102.840	11.339
Post 207 Beteiligungs GmbH, Wien ¹⁾	100,00	42.707	-14.682
Post Business Solutions GmbH, Wien ¹⁾	100,00	11.518	2.040
Post Interne Services und Finanzierungs GmbH, Wien ¹⁾	100,00	21.835	524
Post & Co Vermietungs OG, Wien ²⁾	100,00	279.901	11.773
Post Wertlogistik GmbH, Wien ¹⁾	100,00	5.783	165
Post 108 Beteiligungs- und Dienstleistungs GmbH, Wien ¹⁾	99,80	1.619	561
bank99 AG, Wien ¹⁾	90,00	232.685	1.083
ACL advanced commerce labs GmbH, Graz	70,00	3.160	1.838
BETEILIGUNGEN			
ADELHEID GmbH, Berlin	51,52	30.413	-109
Scanpoint Slovakia s. r. o., Nitra	15,00	216	84

¹⁾ Unternehmensgruppe i.S.d. § 9 KStG

²⁾ Österreichische Post AG als unbeschränkt haftende Gesellschafterin beteiligt

Die Österreichische Post AG ist laufend bestrebt, die Beteiligungsstruktur zu optimieren. Folglich wurde im Geschäftsjahr 2025 das Optimierungspotential erhoben und der folgende Schritt gesetzt:

Im Geschäftsjahr 2025 wurde mit Stichtag 01.01.2025 ein Teilbetrieb der Gesellschaft feibra GmbH durch eine Abspaltung zur Aufnahme gemäß § 1 Abs 2 Z 2 des Bundesgesetzes über die Spaltung von Kapitalgesellschaften (SpaltG) und unter Anwendung des Artikel VI Umgründungssteuergesetz (UmgrStG) auf die Österreichische Post Aktiengesellschaft übertragen.

Der Betrieb der feibra GmbH bestehend aus den Organisationseinheiten Vertriebsaußen- und -innendienst, Marketing und Produktmanagement, Geomarketing, Rechnungswesen inklusive Fakturierung & Forderungsmanagement, Lohnverrechnung sowie den Arbeitsverhältnissen der den Organisationseinheiten zugeordneten Mitarbeitern und den wirtschaftlich zuordenbaren Aktiva und Passiva, unabhängig, ob sie bilanziert waren oder nicht, wurde in die Österreichische Post Aktiengesellschaft integriert.

Die übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden wurden nach der Methode der Buchwertfortführung gemäß § 202 UGB angesetzt. Die übertragenen Vermögenswerte betrafen insbesondere Forderungen in Höhe von TEUR 1.547 sowie Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 1.289. Aus der Spaltung ergab sich ein Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 8.744.

Unter Anwendung des Wahlrechts wurde der Umgründungsmehrwert als Kundenstock in Höhe von TEUR 2.665 mit zugehörigen passiven latenten Steuern in Höhe von TEUR 613. Der verbleibende Betrag in Höhe von TEUR 6.692 wurde als Firmenwert aktiviert.

Die Spaltung des Teilbetriebs der feibra GmbH wurde zum 30.4.2025 im Firmenbuch eingetragen und erlangte damit Rechtswirksamkeit.

Im Geschäftsjahr 2025 wurden Gesellschafterzuschüsse in Höhe von TEUR 35.050 (2024: TEUR 55.808) gewährt:

TEUR	2024	2025
VERBUNDENE UNTERNEHMEN		
bank99 AG	41.508	18.900
Post Interne Services und Finanzierungs GmbH	8.000	13.050
Post 207 Beteiligungs GmbH	3.200	3.100
Agile Actors GmbH	2.000	0
Post Systemlogistik GmbH	1.100	0
	55.808	35.050

3.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

TEUR	31.12.2024	31.12.2025
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	284.998	256.003
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	103.018	85.148
davon aus Finanzierungen und sonstigen Verrechnungen	60.717	59.211
davon aus phasenkongruenten Dividendenaktivierungen und Ergebnisüberrechnungen	33.700	17.500
davon aus Lieferungen und Leistungen	7.916	8.385
davon aus Steuerumlagen	684	52
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	149.932	129.366
	537.948	470.518

Die anhand von statistisch ermittelten Erfahrungswerten erfassten Wertberichtigungen für Forderungen betragen TEUR 929 (2024: TEUR 1.636).

In den Sonstigen Forderungen und Vermögensgegenständen sind Steuererstattungsansprüche in Höhe von TEUR 36.891 (2024: TEUR 77.474) sowie kurzfristige Veranlagungen (Termingelder) in Höhe von TEUR 50.000 (2024: TEUR 40.000) enthalten, weil diese nicht zur Tilgung kurzfristiger Zahlungsverpflichtungen herangezogen werden.

Die sonstigen Forderungen beinhalten Erträge in Höhe von TEUR 9.223 (2024: TEUR 4.678), die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

3.3 Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

TEUR	31.12.2024	31.12.2025
Guthaben bei Kreditinstituten	6.304	37.093
Termingelder	0	60.000
Kassenbestände	308	128
	6.612	97.222

3.4 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

TEUR	31.12.2024	31.12.2025
Aktive Rechnungsabgrenzung Personal	9.717	9.083
Mietzinsvorauszahlungen	1.110	1.085
Sonstige Vorauszahlungen	33.203	35.457
	44.031	45.625

Die aktiven Rechnungsabgrenzungen für Personal betreffen vorausbezahlte Bezüge an beamtete Mitarbeitende. In den sonstigen Vorauszahlungen sind TEUR 13.408 (2024: TEUR 12.230) auf vorausbezahlte Versicherungsprämien enthalten.

3.5 Aktive latente Steuern

Latente Steuern werden gemäß § 198 Abs 9 und 10 UGB nach dem bilanzorientierten Konzept und ohne Abzinsung auf Basis des Körperschaftsteuersatzes von 23 % gebildet. Die latenten Steuern stammen aus Bewertungsunterschieden in der Österreichische Post AG und in der Post & Co Vermietungs OG.

TEUR	01.01.2025	31.12.2025	Veränderung
AKTIVE LATENTE STEUERN INSGESAMT	19.795	20.922	1.127
davon aus steuerlichen Teilwertabschreibungen	3.368	3.239	-129
davon aus Rückstellungen	23.587	24.066	479
davon aus sonstigen temporären Differenzen	-7.160	-6.383	777

Der Ansatz von aktiven latenten Steuern aus temporären Differenzen aus Bilanzposten sowie aus Verlustvorträgen erfolgt in dem Umfang, in dem a) ausreichend passive latente Steuern vorhanden sind oder es b) bei einer Gewinnhistorie wahrscheinlich ist, dass in absehbarer Zeit steuerpflichtiges Einkommen zur Verfügung steht und der Steueraufwand somit künftig realisierbar ist.

Die im Rahmen der Einführung der globalen Mindestbesteuerung/Pillar II vorgesehenen Ergänzungssteuern (top-up-taxes) haben Einfluss auf den latenten Steueraufwand. Es wird jedoch die verpflichtende Ausnahmebestimmung angewandt und keine diesbezüglichen Auswirkungen auf die latenten Steuern ermittelt

Die Österreichische Post AG ist im Geschäftsjahr 2025 von der globalen Mindestbesteuerung/Pillar 2 nicht betroffen. Der effektive Steuersatz beträgt in Österreich > 15 %. Ebenso muss die Österreichische Post AG auch keine Primärergänzungssteuer (PES - QDMTT) für Tochtergesellschaften in ausländischen Steuerhoheitsgebieten zahlen, da diese entweder a) Safe-Harbor Regelungen unterliegen oder b) eine nationale Ergänzungssteuer (NES – IIR) vorsehen oder c) einen effektiven Steuersatz > 15 % haben.

3.6 Eigenkapital

Das Grundkapital der Österreichische Post AG beträgt TEUR 337.763 (2024: TEUR 337.763). Das Grundkapital ist in 67.552.638 auf Inhaber lautende Stückaktien unterteilt.

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 9. April 2025 wurde der Vorstand der Österreichische Post AG zur Schaffung eines neuen genehmigten Kapitals ermächtigt und die Satzung der Österreichische Post AG wurde entsprechend angepasst. Mit Zustimmung des Aufsichtsrates kann das Grundkapital somit während einer Geltungsdauer von fünf Jahren bis 8. April 2030 im Ausmaß von bis zu 16.888.160,00 EUR durch Ausgabe von bis zu 3.377.632 Stück neuen auf Inhaber lautenden Stammaktien (Stückaktien), in bestimmten Fällen auch unter Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionär*innen, erhöht werden. Weiters wurde in der Hauptversammlung die bedingte Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft um bis zu 16.888.160,00 EUR zur Ausgabe von bis zu 3.377.632 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien zum Zwecke der Gewährung von Umtausch- und Bezugsrechten an Gläubiger*innen von Finanzinstrumenten beschlossen.

Der Vorstand wurde ermächtigt, gemäß § 65 Abs 1 Z4 und 8 sowie Abs 1a und 1b AktG, auf den*die Inhaber*in oder auf Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft im Ausmaß von bis zu 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft während einer Geltungsdauer vom 1. November 2024 bis 31. Oktober 2026 insbesondere von der Österreichischen Beteiligungs AG zu einem niedrigeren Gegenwert von 10,00 EUR je Aktie und einem höchsten Gegenwert von 60,00 EUR je Aktie zu erwerben.

Für das Geschäftsjahr 2025 ist gemäß Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands eine Ausschüttung von insgesamt TEUR 123.621 (Basisdividende von EUR 1,83 je Aktie) (2024: TEUR 123.621, Basisdividende von EUR 1,83 je Aktie) vorgesehen. Der ausschüttungsfähige Bilanzgewinn beträgt TEUR 320.467 (2024: TEUR 308.334).

3.7 Investitionszuschüsse

TEUR	01.01.	Abgang	Auflösung	Zuweisung	31.12.
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	1.792	5	280	896	2.403
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.789	28	3.599	22.026	35.188
Investitionsprämie	3.415	11	722	0	2.682
SUMME	21.996	44	4.601	22.921	40.273

Die Investitionszuschüsse betreffen im Wesentlichen die COVID-19 Investitionsprämie sowie Zuschüsse des Bundes für E-Fahrzeuge, Ladeinfrastruktur, Photovoltaikanlagen und Forschungsprojekte.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2020 eingeführten COVID-19 Investitionsprämie für Unternehmen hat die Österreichische Post AG Investitionsförderungen in Höhe von TEUR 5.672 für ein Investitionsvolumen von TEUR 41.605 beantragt. Die Erfassung der Investitionsförderung erfolgt erst bei der Erfüllung der Voraussetzungen für die Zuwendung sowie bei hinreichender Sicherheit der Auszahlung oder nach Erhalt der Förderung. Die Endabrechnung wurde im Geschäftsjahr 2025 durchgeführt und der daraus resultierende Zuschuss kurz darauf ausbezahlt. Damit lukrierte die Österreichische Post AG im Zuge der Covid-19 Investitionsprämie eine Förderung in Höhe von TEUR 5.526.

3.8 Rückstellungen

TEUR	01.01.	Umgründung	Verbrauch	Auflösung	Zuweisung	31.12.
ABFERTIGUNGEN	100.202	351	5.904	8.909	7.191	92.931
STEUERN	0	0	0	0	12.530	12.530
JUBILÄUMSGELDER	54.682	0	7.528	2.003	4.598	49.750
NOCH NICHT KONSUMIERTE URLAUBE	39.991	63	40.055	0	33.344	33.344
UNTERAUSLASTUNG	145.511	0	25.926	20.268	24.470	123.787
SONSTIGE PERSONALRÜCKSTELLUNGEN	105.418	91	65.150	15.663	70.289	94.986
AUSSTEHENDE EINGANGSRECHNUNGEN	26.918	0	22.949	2.661	24.825	26.133
ÜBRIGE SONSTIGE	154.150	0	19.297	11.329	1.494	125.018
SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN	526.671	154	180.905	51.923	159.021	453.018
RÜCKSTELLUNGEN GESAMT	626.873	505	186.810	60.832	178.743	558.479

Im Geschäftsjahr 2025 führte die Änderung des Rechenzinssatzes zu einer Reduktion der Rückstellung für Abfertigungen um TEUR 6.660 sowie der Rückstellung für Jubiläumsgelder um TEUR 1.880. Im Vorjahr blieb der Rechenzinssatz unverändert.

Die Anpassung des Parameters Gehaltssteigerung führte im Geschäftsjahr 2025 zu einer Reduktion der Rückstellung für Abfertigungen um TEUR 2.249 und der Rückstellung für Jubiläumsgelder um TEUR 122. Im Geschäftsjahr 2024 ergab sich ebenfalls eine Reduktion der Rückstellung für Abfertigungen um TEUR 10.091 und der Rückstellung für Jubiläumsgelder um TEUR 3.218.

Rückstellung für Unterauslastungen: Die Veränderung der Rückstellung für Unterauslastung betrifft im Wesentlichen Vorsorgen für unkündbare Mitarbeiter*innen, die der Organisationseinheit Postarbeitsmarkt zugeordnet sind und Vorsorgen für beamtete Mitarbeiter*innen, die sich in einem Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit befinden.

Die Neubildung ist im Wesentlichen auf eine Dotierung in Höhe von TEUR 18.480 für Vorsorgen für beamtete Mitarbeiter*innen, die sich in einem Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit befinden, zurückzuführen. Dies resultiert aufgrund des Anstiegs der Einschätzung der Verfahrensdauern für beamtete Mitarbeiter*innen und des Anstiegs der Anzahl an berücksichtigten Mitarbeiter*innen.

Die Verwendung in Höhe von TEUR 25.926 ist im Wesentlichen auf die laufenden Zahlungen für die der Organisationseinheit Post-Arbeitsmarkt. zugeordneten Mitarbeiter*innen zurückzuführen.

Die Auflösung in Höhe von TEUR 20.268 betrifft im Wesentlichen vorzeitige Beendigungen von Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit und Austritte aus dem Post-Arbeitsmarkt.

Die **sonstigen personalbezogenen Rückstellungen** enthalten im Wesentlichen Vorsorgen für Erfolgsbeteiligungen und Leistungsprämien, Zeitguthaben und Vorsorgen für die Anrechnung von Vordienzeiten für (ehemals) bundesbedienstete Mitarbeiter*innen.

Die Rückstellung für Erfolgsbeteiligungen und Leistungsprämien umfasst zum 31. Dezember 2025 TEUR 67.130 (31. Dezember 2024: TEUR 67.046) und resultiert einerseits aus Zuweisungen in Höhe von TEUR 51.120 (2024: TEUR 53.692) und andererseits aus Auszahlungen in Höhe von TEUR 44.164 (2024: TEUR 43.343) und Auflösungen in Höhe von TEUR 6.963 (2024: TEUR 5.700) entsprechend der Zielerreichungsgrade.

Die Rückstellung für Zeitguthaben umfasst zum 31. Dezember 2025 TEUR 7.662 (31. Dezember 2024: TEUR 8.763) und resultiert aus Zuweisungen in Höhe von TEUR 7.662 (2024: TEUR 8.763) und Verwendungen in Höhe von TEUR 8.763. (2024: TEUR 7.140).

Weiters enthalten die sonstigen personalbezogenen Rückstellungen Vorsorgen aus der Anrechnung von Vordienstzeiten für (ehemals) bundesbedienstete Mitarbeiter*innen zum 31. Dezember 2025 in Höhe von TEUR 10.244 (31. Dezember 2024: TEUR 16.774).

Die Umsetzung der Novelle führt zu einer Anpassung der Rückstellung betreffend der aus der Neuermittlung des Besoldungsdienstalters resultierenden Nachzahlungen. Die Rückstellung basiert auf folgenden Grundlagen:

Mit Entscheid vom 11. November 2014 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) nach Vorlage durch den österreichischen Verwaltungsgerichtshof (VwGH) festgestellt, dass die im Jahr 2010 gesetzlich festgelegte Methodik zur Beseitigung der Altersdiskriminierungen im Gehaltssystem der Bundesbediensteten dem Unionsrecht widerspricht. Nachdem die Thematik der Anrechnung von Vordienstzeiten nicht nur die der Österreichische Post AG zugeteilten Beamt*innen, sondern alle Beamt*innen des Bundes betraf, hat der österreichische Nationalrat reagiert und bereits mit 21. Jänner 2015 eine umfassende Reform des Besoldungssystems des Bundes vorgenommen. Mit dieser Reform wurde der Hauptkritikpunkt des EuGHs aufgegriffen und umfassend beseitigt. Diese Besoldungsreform wurde selbstverständlich auch für die bei der Österreichische Post AG beschäftigten Beamt*innen umgesetzt. In einem neuerlichen Vorabentscheidungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof zur Anrechnung von Vordienstzeiten im Bundesdienst erging am 8. Mai 2019 eine Entscheidung durch den EuGH, wonach die Besoldungsreform 2015 ungenügend war. Als Folge daraus wurde eine weitere Novellierung des Beamtendienstrechts seitens der Bundesregierung vorgenommen, nach der für jeden (ehemals) bundesbediensteten Mitarbeitenden die Frage der Anrechnung der Vordienstzeiten vor dem 18. Lebensjahr auf Einzelfallbasis neu zu beurteilen ist. Mit Urteil vom 20. April 2023 hat der Europäische Gerichtshof neuerlich erkannt, dass die nationalen Regelungen zur besoldungsrechtlichen Einstufung der Beamt*innen im Widerspruch zur Richtlinie 2000/78/EG des Rates stehen. Mit einer Novellierung der Besoldungsreform 2019 im November 2023 hat der Gesetzgeber eine Neuregelung der Vordienstzeitenanrechnung für alle Beamt*innen, die von der Besoldungsreform 2019 betroffen waren, beschlossen. Im Zuge der Umsetzung der Reform 2023 wurde jedoch erkannt, dass es im Ergebnis zu Ungleichbehandlungen kommen konnte. Daher hat der Gesetzgeber mit dem Budgetbegleitgesetz 2025 eine Änderung eingeführt, mit der diese potenziellen Ungleichbehandlungen bei der Berechnung des Besoldungsdienstalters vermieden werden sollen.

Die **übrigen sonstigen Rückstellungen** enthalten insbesondere Aufwendungen für etwaige Ersatzleistungen in Höhe von TEUR 99.567 (2024: TEUR 99.567). Diese Ersatzleistungen betreffen Rückforderungen von Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung von Beamt*innen und basieren auf folgender Grundlage: Die Österreichische Post AG bzw. ihre Rechtsvorgängerin hat im Zeitraum vom 1. Mai 1996 bis zum 31. Mai 2008 für die ihr zugewiesenen Beamt*innen Beiträge aus der Gehaltsabrechnung abgeführt. Aufgrund eines VwGH-Erkenntnisses des Jahres 2015 bestand dafür jedoch keine gesetzliche Verpflichtung. Daraus resultierend wurden der Österreichische Post AG von 2015 bis 2019 Beiträge in Höhe von insgesamt TEUR 141.115 vom Bundesfinanzgericht (BFG) zugesprochen. Im Gegenzug für die bislang insgesamt zugesprochenen Beiträge bestehen für die Österreichische Post AG allerdings Verpflichtungen für etwaige Ersatzleistungen, die auf Basis von Zahlungsaufforderungen des Bundeskanzleramts rückgestellt sind. Aufgrund der Datenlage bestehen über die Höhe der Ersatzleistungen Auffassungsunterschiede zwischen dem Bundeskanzleramt und der Österreichische Post AG.

Weiters wurde für Prozesskosten, Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwand, Schadensfälle sowie potenzielle Verwaltungsstrafverfahren und Schadensersatzverfahren vorgesorgt.

Die Rückstellungen aus Verwaltungsstrafverfahren sowie zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren wurden im Wege einer bestmöglichen Schätzung erfasst und stellen sich im Zeitverlauf wie folgt dar: Die Datenschutzbehörde (DSB) hat in den letzten Geschäftsjahren seit 2019 Verwaltungsstrafverfahren gegen die Österreichische Post AG wegen der Rechtswidrigkeit der Verarbeitung von (als personenbezogen und

sensibel qualifizierten) Daten und der Verletzung von Betroffenenrechten im Sinne der DSGVO eingeleitet. Das BVwG hat mit Erkenntnis vom 27.12.2024 den Strafbescheid der DSB in Hinblick auf den Vorwurf der Verarbeitung der Parteiaffinitäten und der Paketfrequenzen dem Grunde nach bestätigt. Die Strafe hat das BVwG auf TEUR 16.000 zuzüglich Kosten in Höhe von TEUR 1.600 sohin in Summe TEUR 17.600 festgelegt. Die Strafe wurde im Jänner 2025 beglichen, was zu einem Verbrauch der Rückstellung in Höhe von TEUR 17.600 EUR führte. Weiters hat die Post im Jahr 2025 außerordentliche Rechtsmittel an den VfGH und VwGH erhoben. Ersteres wurde zwischenzeitlich abgewiesen. Zusätzlich ist die Österreichische Post AG Anspruchsgegner in einer Reihe von Verfahren. Im Geschäftsjahr 2025 wurden einige offene Zivilverfahren beendet und somit sind keine wesentlichen Rückstellungen mehr erforderlich.

Aus dem Themenumfeld Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung wurden die Rückstellungen aus den Vorjahren in Höhe von TEUR 6.020 zur Gänze aufgelöst, da keine potenziellen Risiken mehr bestehen.

Weiters besteht im Geschäftsjahr 2025 eine Drohverlustrückstellung für Mietzahlungen für ein angemietetes Logistikzentrum in Oberösterreich in Höhe von TEUR 3.734 (2024: TEUR 4.332), das teilweise von der Österreichische Post AG eigengenutzt wird. Die verbleibende Fläche ist teilweise weitervermietet. Da die Miete nicht vollumfänglich an den Mieter weitergegeben werden kann, ergibt sich ein entsprechender Rückstellungsbedarf.

Von den Auflösungen der Rückstellungen wurden TEUR 41.951 (2024: TEUR 14.845) im Personalaufwand erfasst.

3.9 Verbindlichkeiten

TEUR	31.12.2024		31.12.2025	
	über 5 Jahre	Gesamt	über 5 Jahre	Gesamt
mit einer Restlaufzeit von				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	280.362	20.000	295.248
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	6.898	0	141
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	145.051	0	159.089
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	80.180	0	118.776
davon aus Finanzierungen und sonstigen Verrechnungen	0	70.160	0	108.770
davon aus Lieferungen und Leistungen	0	9.135	0	9.307
davon aus Steuerumlagen	0	885	0	700
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	1.842	0	2.732
Sonstige Verbindlichkeiten	0	112.997	0	156.076
davon Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	0	7.794	0	25.683
davon aus Steuern	0	3.229	0	24.191
davon übrige	0	101.973	0	106.202
	0	627.329	20.000	732.062

Die übrigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Akontozahlungen für die Auszahlung von PSK – Anweisungen in Höhe von TEUR 53.590 (2024: 57.663), Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitenden in Höhe von TEUR 31.333 (2024: TEUR 22.249) sowie Verbindlichkeiten für Altersteilzeitmodelle in Höhe von TEUR 12.758 (2024: TEUR 12.489).

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 73.213 (2024: TEUR 34.000) und sonstige Aufwendungen in Höhe von TEUR 136 (2024: TEUR 111) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

3.10 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

TEUR	31.12.2024	31.12.2025
Erhaltene Vorauszahlungen für noch nicht erbrachte Zustellleistungen	18.263	14.520
Werktagsabgrenzung	9.446	8.936
Sonstige erhaltene Vorauszahlungen	667	732
	28.376	24.189

3.11 Haftungsverhältnisse

Die Österreichische Post AG hat Haftungen aus Patronatserklärungen in Höhe von TEUR 56.079 (2024: TEUR 24.773) übernommen. Die Österreichische Post AG hat sich gegenüber der bank99 AG mittels einer Patronatserklärung verpflichtet, die Gesellschaft bei Eintritt bestimmter Voraussetzungen bis Ende 2027 mit Eigenmitteln von zusätzlich bis zu TEUR 41.000 auszustatten. Zum 31. Dezember 2024 belief sich die Verpflichtung auf TEUR 6.000 im Rahmen der Patronatserklärung aus 2021.

3.12 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

TEUR	31.12.2024	31.12.2025
Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen		
im folgenden Geschäftsjahr	81.369	87.423
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	22.800	24.196
in den folgenden fünf Jahren	407.736	437.709
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	114.001	120.981

3.13 Aktienbasierte Vergütungsprogramme

Seit 2009 bestehen aktienbasierte, performanceorientierte Vergütungsprogramme-(Long-Term-Incentive-Programme) für Vorstandsmitglieder und Führungskräfte mit dreijährigem Performancezeitraum und einmaligem Eigeninvestment als Teilnahmebedingung. Der Performancezeitraum erstreckt sich jeweils vom 1. Jänner des Jahres der Auflage der jeweiligen Tranche bis zum 31. Dezember des drittfolgenden Jahres. Die für das Eigeninvestment nötige Anzahl an Aktien der Österreichische Post AG bei Programmbeginn ergibt sich für die Mitglieder des Vorstands als definierter Prozentsatz des Bruttofixgehaltes dividiert durch den Referenzkurs des vierten Quartals des jeweiligen Vorjahres. Das Eigeninvestment der Führungskräfte orientiert sich an der gewählten Investmentkategorie gemäß Teilnahmebedingungen.

Zum 31. Dezember 2025 nehmen die Vorstandsmitglieder Walter Oblin und Peter Umundum an den Vergütungsprogrammen 14 bis 16, das Vorstandsmitglied Barbara Potisk-Eibensteiner am Vergütungsprogramm 16 und das ehemalige Vorstandsmitglied Georg Pölzl an den Vergütungsprogrammen 14 und 15 teil.

Zum 31. Dezember 2025 sind für die Teilnahme am aktienbasierten Vergütungsprogramm von den Mitgliedern des Vorstands und den leitenden Angestellten folgende Eigeninvestments zu halten. Die für die bestehenden aktienbasierten Vergütungsprogramme nötigen Eigeninvestments sind in Höhe des Maximalwerts der für die einzelnen Tranchen notwendigen Eigeninvestments zu halten.

in Stück Aktien	Eigeninvestment Tranche 14 (LTIP 2023 – 2025)	Eigeninvestment Tranche 15 (LTIP 2024 – 2026)	Eigeninvestment Tranche 16 (LTIP 2025 – 2027)
Georg Pölzl	18.556	13.347	0
Walter Oblin	12.061	15.762	17.110
Peter Umundum	9.344	11.122	12.074
Barbara Potisk-Eibensteiner	0	0	7.037
leitende Angestellte	215.608	215.632	211.568

Die für die bestehenden aktienbasierten Vergütungsprogramme nötigen Eigeninvestments zum 31. Dezember 2025 betragen für die Mitglieder des Vorstands insgesamt 36.221 Aktien (2024: 45.440), für das ehemalige Vorstandsmitglied 18.556 Aktien und für die teilnehmenden Führungskräfte 241.676 Aktien (2024: 236.044). Das Eigeninvestment ist jeweils bis zum Ende des nächstfolgenden Jahres nach Ablauf des Performancezeitraums ununterbrochen zu halten.

Die Entlohnung erfolgt auf Basis von sogenannten Bonusaktien als rechnerische Größe und hängt vom Ausmaß der Zielerreichung der definierten Performance-Indikatoren (Earnings per Share, Free Cash-flow, Total Shareholder Return und ESG-Ziele) für die einzelnen Tranchen ab. Die Zielgrößen für die Performance-Indikatoren werden jeweils zu Beginn der einzelnen Tranchen festgelegt, wobei die einzelnen Teilziele gleich gewichtet sind. Die Zielerreichung wird über einen dreijährigen Performancezeitraum ermittelt. Die Gesamtbonifikation richtet sich nach der Gesamtzielerreichung aus obigen Parametern, der Kursentwicklung der Aktie der Österreichische Post AG und zuzüglich der während der dreijährigen Laufzeit gezahlten Dividenden. Die Gesamtbonifikation der Mitglieder des Vorstands sowie der teilnehmenden Führungskräfte ist begrenzt. Vorstände haben eine Obergrenze von 200% jener Bonifikation, die bei 100% Gesamtzielerreichung vorgesehen ist. Führungskräfte haben je nach Tranche eine Obergrenze zwischen 125% und 153% bei maximaler Zielerreichung.

Die Anzahl der Bonusaktien bei einer Zielerreichung von 100% (rechnerische Größe) verteilt sich zu den jeweiligen Stichtagen auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

Anzahl Bonusaktien je Tranche	31.12.2024	31.12.2025
Tranche 12	1.009	0
Tranche 13	247.361	14.118
Tranche 14	306.071	302.287
Tranche 15	278.825	274.923
Tranche 16	0	309.355
	833.266	900.683

Die Vergütung erfolgt über Bonusaktien, die entweder in Aktien der Österreichischen Post AG oder in bar ausgezahlt werden. Die Entscheidung über die Auszahlungsform für den Vorstand liegt beim Vergütungsausschuss des Aufsichtsrats, für die Führungskräfte beim Vorstand. Aufgrund der bisherigen Praxis erfolgt die Bilanzierung als anteilsbasierte Vergütung mit Barausgleich.

Die erwarteten Aufwendungen aus dem aktienbasierten Vergütungsprogramm sind über den Performancezeitraum in Form einer Rückstellung zu verteilen. Die Höhe der Rückstellung wird zu jedem Bilanzstichtag mittels eines Modells ermittelt, in welchem die Performance Indikatoren und der bisherige Anteil des Performancezeitraums berücksichtigt werden. Sämtliche Änderungen der Rückstellung werden ergebniswirksam im Personalaufwand erfasst.

Der Stand der Rückstellung verteilt sich auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

Stand der Rückstellung TEUR	31.12.2024	31.12.2025
Tranche 12	9	0
Tranche 13	9.781	159
Tranche 14	8.232	12.280
Tranche 15	4.611	9.256
Tranche 16	0	3.682
	22.634	25.376

Der in der jeweiligen Berichtsperiode erfasste Gesamtaufwand für anteilsbasierte Vergütungen verteilt sich auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

Gesamtaufwand TEUR	2024	2025
Tranche 12	60	0
Tranche 13	2.639	0
Tranche 14	4.811	4.047
Tranche 15	4.611	4.645
Tranche 16	0	3.682
	12.120	12.374

Im Geschäftsjahr 2025 erfolgte die Auszahlung der Tranche 13 in Höhe von TEUR 9.623 zur Gänze in bar. Für aus dem Unternehmen ausgeschiedene Mitarbeitende erfolgte die Auszahlung der Tranche 12 in drei Raten, die letzte davon im Jänner 2025.

Die für die Auszahlung notwendigen Eigeninvestments betragen:

in Stück Aktien	Eigeninvestment Tranche 13 (LTIP 2022 – 2024)
Georg Pölzl	15.038
Walter Oblin	9.775
Peter Umundum	7.573
leitende Angestellte	202.887

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

4.1 Umsatzerlöse

Die divisionale Organisationsstruktur der Österreichische Post AG unterscheidet zwischen den Divisionen „Brief & Werbepost“, „Paket & Logistik“, „Filiale & Bank“ sowie „Corporate“.

TEUR	2024	2025
Brief & Werbepost	1.165.323	1.096.156
Paket & Logistik	936.526	999.086
Filiale & Bank	63.364	58.381
Corporate	62.864	60.814
	2.228.077	2.214.437

4.2 Aktivierte Eigenleistungen

Die aktivierten Eigenleistungen betreffen im Wesentlichen diverse Hochbauarbeiten.

4.3 Sonstige betriebliche Erträge

TEUR	2024	2025
Weiterverrechnete Aufwendungen	3.196	3.598
Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	3.402	9.349
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	26.751	18.406
Abgeltungen von Schadensfällen	3.409	4.049
Übrige	8.159	14.342
	44.917	49.743

In den Weiterverrechneten Aufwendungen sind für Mitarbeitende aus COVID-19-Risikogruppen, die unter Fortzahlung des Entgelts freizustellen waren bzw. für Mitarbeitende, denen Sonderbetreuungszeiten zu gewähren waren, Ersatzzahlungen von Seiten der Krankenversicherungsträger in Höhe von TEUR 1.785 (2024: TEUR 570) enthalten.

In den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellung ist in Höhe von TEUR 5.101 (2024: TEUR 3.385) der Saldo aus der Auflösung und Zuweisung von Personalrückstellung enthalten. Die restlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sind auf die sonstigen Rückstellungen zurückzuführen.

4.4 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen

TEUR	2024	2025
Materialaufwand	54.110	49.261
Aufwendungen für bezogene Leistungen	500.403	517.404
	554.513	566.665

4.5 Personalaufwand

TEUR	2024	2025
a) Gehälter	850.680	828.388
b) soziale Aufwendungen		
aa) Aufwendungen für Altersversorgung	162	155
bb) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	7.797	8.734
cc) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	208.217	218.070
dd) Sonstige Sozialaufwendungen	17.431	14.333
	1.084.287	1.069.679

Im Geschäftsjahr 2025 sind im Posten Gehälter Aufwendungen für Jubiläumsgelder in Höhe von TEUR 1.204 (2024: TEUR 59) enthalten.

In den Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen sind im Geschäftsjahr 2025 Beiträge an Mitarbeitervorsorgekassen in Höhe von TEUR 7.744 (2024: TEUR 6.811) enthalten.

Die Aufwendungen für Abfertigungen und Altersversorgung setzen sich wie folgt zusammen:

TEUR	2024	2025
Vorstände	252	213
Leitende Angestellte	72	5
Andere Arbeitnehmer*innen	7.635	8.671
	7.959	8.889

An die Vorstandsmitglieder wurden folgende Bezüge ausbezahlt:

TEUR	2024	2025
Bezüge aktive Vorstandsmitglieder	6.072	3.962
Bezüge ehemalige Vorstandsmitglieder	0	1.831
	6.072	5.793

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten Vergütungen in Höhe von TEUR 385 (2024: TEUR 386).

Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer*innen betrug im Geschäftsjahr:

	2024	2025
Beamte*innen	3.537	3.135
Angestellte	14.676	15.600
SUMME	18.213	18.736
Entsprechende Vollzeitäquivalente	16.688	17.043

4.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

TEUR	2024	2025
Steuern, soweit nicht vom Einkommen und Ertrag	12.341	13.907
Übrige	380.191	373.541
	392.532	387.448

Die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

TEUR	2024	2025
Miet- und Pachtaufwendungen	90.332	96.706
EDV-Dienstleistungsaufwand	65.435	73.643
Instandhaltung und Immobilienverwaltung	73.963	78.066
Reiseaufwand	28.569	27.703
Schadensfälle	21.992	9.612
Kommunikation und Werbung	23.529	19.938
Entsorgung und Reinigung	18.478	19.088
Versicherungsaufwand	9.687	11.592
Beratungsaufwand	9.744	8.657
Aus- und Fortbildung	3.439	3.520
Personalbereitstellung	4.010	1.394
Mitgliedsbeiträge	2.398	2.566
Telefonaufwand	2.318	2.038
Spesen und Kursverluste	1.597	2.783
Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen	1.600	599
Andere	23.100	15.637
	380.191	373.541

Die Erläuterungen zu den Aufwendungen für Leistungen an den Abschlussprüfer sind im Konzernabschluss dargestellt.

4.7 Erträge aus Beteiligungen

TEUR	2024	2025
Gewinnausschüttungen und phasenkongruente Dividendenaktivierungen	38.208	27.152
Ergebnisüberrechnung Personengesellschaften	12.500	0
	50.708	27.152

Im Geschäftsjahr 2025 erfolgten sowohl phasenkongruente Dividendenaktivierungen in Höhe von TEUR 17.500 (2024: TEUR 21.200) als auch Gewinnausschüttungen in Höhe von TEUR 9.652 (2024: TEUR 17.008).

4.8 Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen

TEUR	2024	2025
Zuschreibung zu Anteilen an verbundenen Unternehmen und Wertpapieren	6.164	17.112
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen und Wertpapieren	0	17
	6.164	17.129

Für Details zu den Erträgen aus der Zuschreibung zu Anteilen an verbundenen Unternehmen siehe Kapitel 3.1. Die Erträge aus der Zuschreibung zu Anteilen an verbundenen Unternehmen und Wertpapieren betreffen mit TEUR 15.783 die bank99 AG und mit TEUR 1.329 die Post Interne Service und Finanzierungs GmbH.

4.9 Aufwendungen aus Finanzanlagen

TEUR	2024	2025
Abschreibung auf Anteile an verbundenen Unternehmen	45.882	15.386
Verluste aus dem Abgang von Beteiligungen	9	0
	45.891	15.386

Für Details zu den Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen siehe Kapitel 3.1.

4.10 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

In der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen ist der Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellung in Höhe von TEUR 4.945 (2024: TEUR 5.329) enthalten.

4.11 Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Österreichische Post AG als Gruppenträgerin bildet mit mehreren Tochtergesellschaften eine Unternehmensgruppe i.S.d. § 9 KStG. Das Vorliegen einer Unternehmensgruppe bewirkt, dass die steuerlichen Ergebnisse der Gruppenmitglieder der Österreichische Post AG zugerechnet werden. Eine unternehmensrechtliche Zurechnung der Ergebnisse erfolgt nicht.

Innerhalb der Unternehmensgruppe erfolgt ein Ausgleich der steuerlichen Mehr- oder Minderbelastung der Gruppenträgerin durch die Verrechnung positiver und negativer Steuerumlagen in Höhe von 23 % des steuerlichen Ergebnisses (Stand-alone-Methode).

TEUR	2024	2025
KÖRPERSCHAFTSSTEUERAUFWAND UNTERNEHMENSGRUPPE GESAMT	33.698	34.559
davon Österreichische Post AG als Gruppenträgerin	34.537	34.019
davon Gruppenmitglieder (Saldo der Steuerumlagen)	-839	540

5. Sonstige Angaben

5.1 Angaben zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Es liegen keine wesentlichen Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen im Geschäftsjahr vor, die zu fremdunüblichen Bedingungen abgeschlossen wurden.

5.2 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die für die Bewertung am Bilanzstichtag von Bedeutung sind, sind im vorliegenden Jahresabschluss berücksichtigt. Andere berichtspflichtige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind nicht eingetreten.

5.3 Derivate Finanzinstrumente

Im Geschäftsjahr 2023 wurde ein Forward-Zinsswap mit dreijähriger Laufzeit zur Absicherung einer Finanzierung in Höhe von TEUR 75.000 abgeschlossen. Die Bewertung erfolgt unter der Berücksichtigung von am Kapitalmarkt beobachtbaren Forward-Zinskurven. Der negative Marktwert in Höhe von TEUR 378 (2024: TEUR 1.276) wurde in den sonstigen Rückstellungen erfasst.

5.4 Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

VORSTAND

Walter Oblin	Generaldirektor, Vorstandsvorsitzender (CEO)
Peter Umundum	Generaldirektor-Stellvertreter, Vorstand Paket & Logistik (COO) Barbara Potisk-Eibensteiner
Mitglied des Vorstands, Vorständin Finanzen (CFO)	

AUFSICHTSRAT

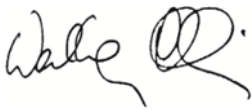
Elisabeth Stadler	Vorsitzende des Aufsichtsrats
Stefan Fürnsinn	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Huberta Gheneff	
Felicia Kölliker	
Peter E. Kruse (bis 9.4.2025)	
Eric Malitzke (seit 9.4.2025)	
Bernhard Spalt	
Christiane Wenckheim	
Maria Zesch	

Vom Betriebsrat entsandt:

Ulrike Ernstbrunner (bis 31.8.2025)
Richard Köhler
Andreas Rindler
Andreas Schieder
Veronika Schmidt (seit 18.9.2025)

Wien, am 17. Februar 2026

Der Vorstand



WALTER OBLIN
Generaldirektor
Vorstandsvorsitzender (CEO)



PETER UMUNDUM
Generaldirektor-Stellvertreter
Vorstand Paket & Logistik (COO)



BARBARA POTISK-EIBENSTEINER
Mitglied des Vorstands
Vorständin Finanzen (CFO)

Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2025

TEUR	Anschaffungs- und Herstellungskosten							Kumulierte Abschreibungen							Nettobuchwerte		
	Stand 01.01.	Zugänge	Zugänge Umgrün- dungen	Umbu- chungen	Abgänge	Abgänge Umgrün- dungen	Stand 31.12.	Stand 01.01.	Zugänge	Zu- gänge Umgrün- dungen	Zuschrei- bungen	Umbu- chungen	Abgänge	Abgänge Umgrün- dungen	Stand 31.12.	Buchwert 01.01.	Buchwert 31.12.
I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE																	
1. Konzessionen, gew. Schutzrechte und ähnliche Rechte	72.262	212	2.665	481	-61	0	75.559	-65.947	-3.788	0	0	0	61	0	-69.674	6.315	5.885
2. Firmenwert	17	0	6.692	0	-17	0	6.692	-17	-640	0	0	0	17	0	-640	0	6.052
3. geleistete Anzahlungen	3.722	2.521	0	-481	0	0	5.762	0	0	0	0	0	0	0	0	3.722	5.762
	76.002	2.732	9.357	0	-79	0	88.013	-65.964	-4.428	0	0	0	79	0	-70.314	10.038	17.699
II. SACHANLAGEN																	
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	869.754	13.227	0	4.750	-7.733	0	879.998	-530.433	-15.229	0	0	0	6.465	0	-539.197	339.321	340.800
2. technische Anlagen und Maschinen	303.251	3.562	0	337	-10.391	0	296.759	-190.562	-18.478	0	0	0	10.391	0	-198.649	112.688	98.110
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	516.133	58.611	16	4.261	-38.359	0	540.663	-290.945	-48.981	-14	0	0	36.165	0	-303.775	225.188	236.888
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	21.886	8.940	0	-9.348	0	0	21.478	-3.299	0	0	0	0	0	0	-3.299	18.587	18.179
	1.711.024	84.340	16	0	-56.483	0	1.738.897	-1.015.240	-82.688	-14	0	0	53.021	0	-1.044.920	695.784	693.977
III. FINANZANLAGEN																	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.148.257	35.050	0	0	-163.903	-13.477	1.005.927	-427.110	-15.386	0	17.112	0	163.602	4.633	-257.149	721.147	748.778
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.385	2.638	0	0	-376	0	4.647	0	0	0	0	0	0	0	0	2.385	4.647
3. Beteiligungen	21.840	0	0	0	0	0	21.840	0	0	0	0	0	0	0	0	21.840	21.840
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	4.849	0	0	0	0	0	4.849	0	0	0	0	0	0	0	0	4.849	4.849
5. Sonstige Ausleihungen	287	0	0	0	-48	0	239	0	0	0	0	0	0	0	0	287	239
	1.177.618	37.688	0	0	-164.327	-13.477	1.037.501	-427.110	-15.386	0	17.112	0	163.602	4.633	-257.149	750.508	780.352
GESAMT	2.964.644	124.761	9.373	0	-220.889	-13.477	2.864.411	-1.508.314	-102.502	-14	17.112	0	216.702	4.633	-1.372.383	1.456.330	1.492.028

Lagebericht

Lagebericht 2025

der Österreichische Post AG

nach § 243 UGB

1.Umfeld und Rahmenbedingungen	310
1.1 Geschäftstätigkeit und Organisationsstruktur	310
1.2 Wirtschaftliches Umfeld	310
1.3 Branchenumfeld	311
1.4 Rechtliche Rahmenbedingungen	311
2.Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage.....	313
2.1 Änderungen in der Beteiligungsstruktur	313
2.2 Umsatzentwicklung	313
2.3 Ergebnisentwicklung	315
2.4 Vermögens- und Finanzlage	317
2.5 Ergebnis- und wertorientierte Kennzahlen	320
2.6 Nichtfinanzielle Informationen gemäß NaDiVeG	321
3.Forschung und Entwicklung/Innovationsmanagement.....	321
4.Chancen und Risiken	324
4.1 Risikomanagementsystem	324
4.2 Bedeutende Chancen und Risiken.....	326
4.3 Finanzielle Risiken	328
4.4 Gesamtaussage zur Risiko- und Chancensituation	329
5.Weitere rechtliche Angaben.....	330
5.1 Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.....	330
5.2 Informationen gemäß § 243a UGB	331
6.Ausblick 2026.....	334

1. Umfeld und Rahmenbedingungen

1.1 Geschäftstätigkeit und Organisationsstruktur

Mit einem Jahresumsatz von rund 2,2 Mrd EUR und mehr als 18.000 Mitarbeiter*innen ist die Österreichische Post AG - im Folgenden auch Österreichische Post bzw. Post genannt - als Muttergesellschaft eines international tätigen Post-, Logistik- und Dienstleistungsunternehmens, von herausragender Bedeutung für den Standort Österreich. Die Österreichische Post steht für höchste Qualität und bietet ein umfassendes Produkt- und Serviceportfolio, um die aktuellen Kund*innenbedürfnisse bestmöglich abdecken. Zu den Kernaufgaben zählen dabei insbesondere die Beförderung von klassischen Briefsendungen, Werbesendungen, Paketen und Post Express-Sendungen. Über das flächendeckende Filialnetz in Österreich werden neben klassischen Post-Services auch Finanzdienstleistungen in Kooperation mit dem Tochterunternehmen bank99 AG, sowie der Vertrieb von Telekommunikationsprodukten angeboten. Die Österreichische Post ist stets bestrebt, ihre Leistungen sowohl physisch als auch hybrid und digital anzubieten. Auch ist die Österreichische Post mit ihrem Beteiligungsportfolio in Südost- und Osteuropa, der Türkei und Aserbaidschan mit Paket- und Logistikleistungen vertreten.

Die Österreichische Post bündelt ihre Geschäftsaktivitäten in den drei operativen Divisionen Brief & Werbepost, Paket & Logistik sowie Filiale & Bank. Zusätzlich obliegen der Division Corporate vor allem Dienstleistungen im Bereich der Verwaltung und Steuerung sowie der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Die Logistik für Brief- und Paketsendungen in Österreich wird in der internen Produktionseinheit Logistiknetzwerk gebündelt, welche ihre Leistungen auf Kostenbasis an die operativen Divisionen verrechnet.

Das Produkt- und Dienstleistungsportfolio der Division Brief & Werbepost beinhaltet den Vertrieb, die Annahme, die Sortierung und die Zustellung von Brief- und Dokumentensendungen, adressierten und unadressierten Werbesendungen, Zeitungen und Magazinen sowie Online-Services wie den E-Brief und crossmediale Lösungen. Im Jahr 2025 stellte die Österreichische Post AG 465 Mio Briefe, 288 Mio adressierte Werbesendungen, 2,1 Mrd unadressierte Werbesendungen, 268 Mio Printmedien und 307 Mio Regionalmedien zu.

Das Portfolio der Division Paket & Logistik beinhaltet neben den klassischen Paketprodukten auch maßgeschneiderte Fulfillment-Lösungen, beginnend bei der Lagerung und Kommissionierung bis hin zum Retouren-Management.

Die Österreichische Post AG transportierte im Geschäftsjahr 2025 232 Mio Versandhandels- und Privatkund*innenpaketen sowie B2B Sendungen und ist damit führende Dienstleisterin des Landes.

Das Leistungsspektrum der Division Filiale & Bank umfasst das Filial- und Finanzdienstleistungsgeschäft der Österreichischen Post. Die Division ist im Heimatmarkt Österreich zusammen mit der Tochtergesellschaft bank99 AG (im Folgenden bank99 genannt) aktiv. Den Kund*innen in Österreich stehen 2.969 Poststellen, darunter 347 eigenbetriebene Filialen und 1.339 Post Partner, 54 SB-Filialen sowie weitere 1.229 dislozierte Poststationen zur Verfügung. Mit einer Frequenz von rund 64 Mio Kund*innenkontakten pro Jahr zählt das Filialnetz der Österreichischen Post zu den größten Privatkund*innennetzen des Landes. Das Filialnetz bietet zentrale Dienstleistungen des täglichen Lebens – von Post- und Bankservices mit der eigenen bank99 bis hin zu Telekommunikation mit der Eigenmarke YELLOW (ab dem zweiten Quartal 2026) und weiteren Angeboten. Mit ihren Poststellen-Netz bietet die Österreichische Post zahlreiche Selbstbedienungslösungen an: In den 626 Versandstationen, die in zahlreichen Postfilialen, SB-Filialen und bei Post Partnern zur Verfügung stehen, können Kund*innen Paket- und Briefsendungen frankieren und versenden oder Retourpakete aufgeben. Über Abholwände in 1.596 Poststationen, die sowohl in Postfilialen, bei Post Partnern sowie auch an vielen dislozierten Standorten zu finden sind, können hinterlegte Paket- und Briefsendungen in über 188.000 Fächern abgeholt werden. In den Versandstationen der Österreichischen Post kann rund um die Uhr frankiert und versendet werden oder auch bereits frankierte Retouren können ganz einfach über die Versandstation aufgegeben werden. Alle Selbstbedienungslösungen der Österreichischen Post sind 24/7 zugänglich und erfreuen sich einer hohen Nutzung der Kund*innen. Durch einen kanalübergreifenden Ansatz wird der Bogen der Postdienstleistungen von der Post App bis zur Filiale konstant gespannt.

1.2 Wirtschaftliches Umfeld

Laut IWF soll die weltweite Inflation, welche 2025 4,1% betrug, im Jahr 2026 auf 3,8% und im Jahr 2027 auf 3,4% zurückgehen. Allerdings könnte der Prozess der Desinflation durch politische Störungen gefährdet werden. Beim globalen Wirtschaftswachstum prognostiziert der IWF eine Entwicklung unter dem historischen Durchschnitt von 3,7%. Für 2025 wird ein Wachstum von 3,3% geschätzt, das im Jahr 2026 unverändert bleiben soll, bevor es im Jahr 2027 leicht auf 3,2% sinkt. (IWF, Jänner 2026)

Im Euroraum war das Wirtschaftswachstum 2025 schwach. Ursachen hierfür sind laut IWF eine weiterhin angeschlagene verarbeitende Industrie und eine schwächelnde Exportwirtschaft. Für 2026 erwartet der IWF ein Wachstum des

Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,3 %. Die langsame Erholung wird insbesondere durch geopolitische Spannungen und Unsicherheiten in der Politik sowie Wirtschaft gebremst. Für 2027 rechnet der IWF mit einem moderaten Anstieg auf 1,4 %, der durch stärkere Binnennachfrage, unterstützende finanzielle Rahmenbedingungen und ein wachsendes Konsument*innenvertrauen begünstigt wird. (IWF, Jänner 2026)

In Österreich ist die Wirtschaftsleistung 2025 um rund 0,5 % gestiegen. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern erholt sich die österreichische Wirtschaft langsamer, zurückzuführen auf hohe Energiepreise und Lohnstückkosten sowie auf eine anhaltende Schwäche der Export- und Industriekonjunktur. Laut dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) stieg das österreichische BIP 2025 um 0,5 %. Trotz einer allmählichen konjunkturellen Belebung blieb der private Konsum jedoch verhalten, da die Realeinkommen infolge der hohen Inflation gesunken sind. Erst im weiteren Prognosezeitraum ist mit einer Stabilisierung der Einkommensentwicklung zu rechnen. Für 2026 sowie 2027 erwartet das WIFO ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,2 % bzw. 1,4 % im Vergleich zum Vorjahr. (WIFO, Dezember 2025)

Nach einem starken Rückgang im Vorjahr zeigte die Industrieproduktion 2025 erstmals wieder eine leichte Erholung. Nach dieser Entwicklung wird für 2026 ein Wachstum der Sachgütererzeugung erwartet. Gleichzeitig prognostiziert das WIFO einen Rückgang der Inflation auf 2,6 % (2026) bzw. 2,4 % (2027). (WIFO, Dezember 2025)

1.3 Branchenumfeld

Die geschäftliche Entwicklung der Österreichischen Post wird – neben der allgemeinen wirtschaftlichen Lage – zunehmend von globalen Trends geprägt, die sowohl neue Chancen eröffnen als auch erhebliche Herausforderungen mit sich bringen.

Ein zentraler Einflussfaktor bleibt die fortschreitende elektronische Substitution im Bereich adressierter Briefsendungen. Dieser weltweite Trend betrifft sämtliche Postgesellschaften und lässt sich nur begrenzt steuern. Die Digitalisierung schreitet in Unternehmen wie auch im öffentlichen Sektor rasch voran, wodurch Kund*innen vermehrt auf kosteneffiziente digitale Kommunikationsformen umsteigen. Behörden und Verwaltungseinrichtungen reduzieren ihr physisches Sendungsvolumen ebenfalls kontinuierlich. Die Österreichische Post geht daher weiterhin von einem strukturellen Rückgang im klassischen Briefgeschäft aus.

Der Geschäftsbereich der Werbesendungen reagiert besonders sensibel auf konjunkturelle Schwankungen, Branchenentwicklungen und die Intensität der Marketingaktivitäten der Unternehmen. Angesichts der anhaltenden Herausforderungen im stationären Handel – etwa durch verändertes Konsumverhalten, steigende Kosten und zunehmende Konkurrenz aus dem On-

line-Bereich – ist mittelfristig mit rückläufigen Volumen zu rechnen. Gleichzeitig entstehen jedoch neue Chancen durch stärker datengetriebene, zielgruppenspezifische Werbeformate, die physische und digitale Kanäle kombinieren

Im Paketbereich bleibt die Nachfrage im Privatkundensegment hoch, getragen vom weiterhin wachsenden Online-Handel. Besonders dynamisch entwickeln sich die südost- und osteuropäischen Märkte sowie die Türkei und Länder darüber hinaus, in denen der E-Commerce noch erhebliches Wachstumspotenzial aufweist.

Das internationale Paket- und Logistikgeschäft wird stark von der globalen Konjunktur, den weltweiten Handelsströmen und der Preisentwicklung beeinflusst. Die Branche ist durch intensiven Wettbewerb und hohen Preisdruck gekennzeichnet. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach flexiblen, international integrierten Logistiklösungen, da Lieferketten komplexer und globaler werden. Themen wie Lieferkettenresilienz, kürzere Transportzeiten und transparente Sendungsverfolgung gewinnen an Bedeutung.

Eine weitere maßgebliche Dynamik betrifft die Relevanz nichtfinanzieller Unternehmenskennzahlen. Nachhaltigkeit, soziale Verantwortung und gute Unternehmensführung (ESG) zählen schon länger zu den grundlegenden Erwartungen von Kund*innen, Investor*innen und Regulierungsbehörden und bilden unverändert einen zentralen Maßstab für die Bewertung unternehmerischen Handelns. Dieser Fokus, gepaart mit hohem Umweltbewusstsein, führt zu einer stärkeren Nachfrage nach emissionsarmen Transportlösungen. Die Österreichische Post begegnet diesen Anforderungen seit 2011 mit CO₂-neutraler Zustellung und treibt die Dekarbonisierung ihrer Logistik konsequent voran. Neben Effizienzsteigerungen und Kompensationsmaßnahmen spielen alternative Antriebstechnologien eine zentrale Rolle. Das ambitionierte Ziel lautet, bis 2030 österreichweit auf der „letzten Meile“ vollständig CO₂-frei zuzustellen – ausschließlich mit elektrisch betriebenen oder anderen nicht-fossilen Fahrzeugen. Ergänzend investiert die Post in Ladeinfrastruktur, erneuerbare Energien und innovative Logistikkonzepte, um ihre Klimabilanz langfristig weiter zu verbessern.

1.4 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der Österreichischen Post basieren primär auf dem österreichischen Postmarktgesetz, das seit 1. Jänner 2011 in Kraft ist.

— Die Österreichische Post ist seit der vollständigen Marktöffnung Österreichs Universaldienstleisterin und garantiert damit die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Postdienstleistungen in ganz Österreich.

- Der Universaldienst beschränkt sich primär auf Postsendungen, die auf Basis der allgemeinen (nicht individuell ausverhandelten) Geschäftsbedingungen an den gesetzlich definierten Zugangspunkten aufgegeben werden, also z. B. Post-Geschäftsstellen oder Briefkästen. Damit soll die Grundversorgung der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft mit Postdienstleistungen gesichert werden. Postdienste für Sendungen, die von Großkund*innen in Logistikzentren eingeliefert werden, zählen – mit Ausnahme von Zeitungen – nicht zum Universaldienst.
- Seit 1. Juli 2018 hat die Post den Eco-Brief im Universaldienst angeboten und damit ihre Produktpalette entsprechend erweitert. Aufgrund einer gesetzlichen Änderung wurde der bisherige Eco-Brief mit 1. Mai 2025 zum neuen Standardprodukt „Brief“. Zeitkritische Sendungen können weiterhin mit der Zusatzleistung Premium mit einer Regellaufzeit von einem Werktag aufgegeben werden. Im Universaldienst haben Versender*innen somit die Wahl zwischen einer Laufzeit von zwei bis drei Werktagen nach der Aufgabe für nicht zeitkritische Sendungen und der Zusatzleistung Premium.

2. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage¹

2.1 Änderungen in der Beteiligungsstruktur

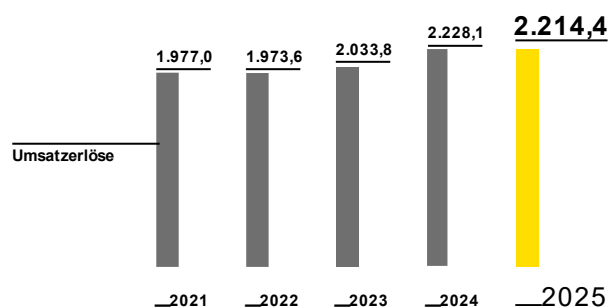
Die Österreichische Post AG hat im laufenden Geschäftsjahr die Optimierung der Beteiligungsstruktur fortgesetzt. Dabei wurde ein Teilbetrieb der feibra GmbH auf die Österreichische Post AG als aufnehmende Gesellschaft abgespalten.

2.2 Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse der Österreichische Post AG lagen mit 2.214,4 Mio EUR im Geschäftsjahr 2025 um 0,6 % geringfügig unter dem Niveau des Vorjahres.

Umsatzentwicklung

Mio EUR



Der Anteil der Division Brief & Werbepost am Gesamtumsatz der Österreichischen Post betrug im Geschäftsjahr 2025 49,5%. Der Divisionsumsatz in Höhe von 1.096,2 Mio EUR ist geprägt vom strukturellen Rückgang des adressierten Briefvolumens durch die elektronische Substitution aber auch vom Entfall der positiven Sondereffekte des Vorjahres, vor allem aus Wahlen in Höhe von rund 40 Mio EUR. Darüber hinaus ist, bedingt durch die schwächere Entwicklung in einzelnen Handelssegmenten, ein zurückhaltendes Investitionsklima und damit einhergehend geringere Werbeausgaben der Unternehmen feststellbar.

Die Division Paket & Logistik erwirtschaftete im Berichtszeitraum einen Anteil von 45,1% am Gesamtumsatz. Der Paketumsatz verzeichnete gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 6,7% von 936,5 Mio EUR auf 999,1 Mio EUR im Geschäftsjahr 2025.

Die Division Filiale & Bank erreichte im Geschäftsjahr 2025 einen Anteil am Umsatz von 2,6 % und verringerte sich um 7,9% von 63,4 Mio EUR auf 58,4 Mio EUR im Vergleich zum Vorjahr.

Umsatz nach Divisionen

Mio EUR	Veränderung				
	2023	2024	2025	%	Mio EUR
UMSATZ GESAMT	2.033,8	2.228,1	2.214,4	-0,6%	-13,6
Brief & Werbepost	1.108,0	1.165,3	1.096,2	-5,9%	-69,2
Paket & Logistik	805,1	936,5	999,1	6,7%	62,6
Filiale & Bank	64,9	63,4	58,4	-7,9%	-5,0
Corporate	55,9	62,9	60,8	-3,3%	-2,1

¹ Bei Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatisierter Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Umsatz Division Brief & Werbepost

Mio EUR	Veränderung				
	2023	2024	2025	%	Mio EUR
UMSATZ GESAMT	1.108,0	1.165,3	1.096,2	-5,9 %	-69,2
Briefpost & Business Solutions	710,1	734,4	675,8	-8,0 %	-58,6
Werbepost	269,0	290,9	287,1	-1,3 %	-3,8
Medienpost	128,9	139,9	133,2	-4,8 %	-6,7

Der Umsatz der Division Brief & Werbepost von 1.096,2 Mio EUR stammte zu 61,7 % aus dem Bereich Briefpost & Business Solutions, zu 26,2 % aus Werbepost und zu 12,2 % aus Medienpost.

Im Bereich Briefpost & Business Solutions lag der Umsatz mit 675,8 Mio EUR im Geschäftsjahr 2025 um 8,0 % unter dem Niveau des Vorjahres. Im Volumen zeigte sich weiterhin eine rückläufige Mengenentwicklung infolge der Substitution von Briefen durch elektronische Kommunikationsformen. Die klassischen Briefvolumen in Österreich haben sich 2025 um 8,5 % reduziert. Positiv wirkten die Tarifierpassungen mit Mai 2025 aus. Das Jahr davor war besonders geprägt von zahlreichen Wahlen in Österreich (Arbeiterkammer-, Europa-, Nationalratswahl). Die internationale Briefpost zeigte Rückgänge im

Volumen und im Umsatz, der Bereich Business Solutions bleibt in etwa auf Vorjahresniveau.

Die Umsatzerlöse der Werbepost blieben im Geschäftsjahr 2025 mit 287,1 Mio EUR unter Vorjahresniveau. Es bestehen weiterhin ein konjunkturbedingt verhaltenes Werbegeschäft sowie strukturelle Rückgänge in bestimmten Kund*innensegmenten (z. B. Möbel- und Versandhandel). Die Anpassungen in der Preisstruktur konnten den Volumenrückgang im Umsatz nicht vollständig kompensieren.

Der Umsatz mit Medienpost, also der Zustellung von Zeitungen und Magazinen, sank im Jahresvergleich um 4,8 % auf 133,2 Mio EUR.

Umsatz Division Paket & Logistik

Mio EUR	Veränderung				
	2023	2024	2025	%	Mio EUR
UMSATZ GESAMT	805,1	936,5	999,1	6,7 %	62,6
Paket Premium	426,0	514,2	564,6	9,8 %	50,4
Paket Standard	343,7	370,1	366,2	-1,1 %	-3,9
Paket Sonstige Leistungen	35,5	52,2	68,3	30,8 %	16,1

Der Umsatz der Division Paket & Logistik erhöhte sich im Geschäftsjahr 2025 um 6,7 % auf 999,1 Mio EUR. Die Paketvolumen verzeichneten im Jahr 2025 ein Wachstum von 3,4 %, das auf die steigenden nationalen und internationalen Paketmengen zurückzuführen ist. Dies zeigt das starke Vertrauen in die Qualität der Österreichischen Post.

Insgesamt entfielen im Geschäftsjahr 2025 56,5 % des Divisionsumsatzes auf den Premium-Bereich (Zustellung erfolgt am Werktag nach der Aufgabe), der 564,6 Mio EUR ausmachte. Im Jahr 2025 verzeichnete dieser Bereich einen Zuwachs von 9,8 %.

Der Anteil des Bereichs Paket Standard am Divisionsumsatz beträgt 36,7 %, das sind 366,2 Mio EUR. Im Bereich Paket Sonstige Leistungen, der diverse Logistik-Zusatzdienstleistungen beinhaltet und auf den 6,8 % des Divisionsumsatzes entfallen, wurden in der Berichtsperiode Umsätze in Höhe von 68,3 Mio EUR generiert. Der überproportionale Anstieg ist im Wesentlichen auf die Verschmelzung der Post Systemlogistik GmbH, dem anhaltenden starken Amazon Wachstum sowie steigenden Mengen aus dem asiatischen Raum zurückzuführen.

Umsatz Filiale & Bank

Mio EUR	Veränderung				
	2023	2024	2025	%	Mio EUR
UMSATZ GESAMT	64,9	63,4	58,4	-7,9 %	-5,0
Filialdienstleistungen	45,4	47,2	44,4	-5,9 %	-2,8
Finanzprodukte	19,5	16,1	13,9	-13,6 %	-2,2

Die Umsatzerlöse der Division Filiale & Bank entwickelten sich im Geschäftsjahr 2025 mit einem Rückgang um 7,9 % auf 58,4 Mio EUR.

Der Umsatz aus Filialdienstleistungen sank um 5,9% auf 44,4 Mio EUR im aktuellen Berichtszeitraum.

Der Umsatz mit Finanzprodukten verringerte sich von 16,1 Mio EUR auf 13,9 Mio EUR (-13,6%). Der Rückgang der Umsatzerlöse im Bereich der Finanzprodukte ist im Wesentlichen auf den Rückgang von Provisionen zurückzuführen.

2.3 Ergebnisentwicklung

Die Ertragslage der Österreichischen Post zeigt folgendes

Bild:

Ertragslage

Mio EUR	Veränderung				
	2023	2024	2025	%	Mio EUR
UMSATZERLÖSE	2.033,8	2.228,1	2.214,4	-0,6 %	-13,6
Sonstige betriebliche Erträge und aktivierte Eigenleistungen	55,8	45,9	51,2	11,6 %	5,3
Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen	-539,6	-554,5	-566,7	-2,2 %	-12,2
Personalaufwand	-974,5	-1.084,3	-1.069,7	1,3 %	14,6
Abschreibungen	-80,7	-93,9	-87,1	7,2 %	6,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-361,7	-392,5	-387,4	1,3 %	5,1
Beteiligungsergebnis	26,5	11,0	28,9	-163,2 %	17,9
EBIT¹⁾	159,7	159,8	183,7	14,9 %	23,9
Sonstiges Finanzergebnis und Ergebnis aus Umgründungen	-4,3	-3,1	-7,7	146,2 %	-4,6
ERGEBNIS VOR STEUERN	155,4	156,6	175,9	12,3 %	19,3
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-33,5	-32,8	-40,2	-22,7 %	-7,4
JAHRESÜBERSCHUSS	121,9	123,9	135,8	9,6 %	11,9

¹⁾ EBIT = Ergebnis vor Sonstiges Finanzergebnis und Umgründungsverlust sowie Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Aufwandsstruktur der Österreichischen Post AG ist von einem hohen Anteil an Personalaufwendungen geprägt. So entfielen im Geschäftsjahr 2025 50,7% der gesamten betrieblichen Aufwendungen auf den Personalbereich. Die zweitgrößte Aufwandsposition betraf mit 26,8% den Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen. Weiters entfielen 18,4% auf sonstige betriebliche Aufwendungen und 4,1% auf Abschreibungen.

Der Personalaufwand belief sich im Geschäftsjahr 2025 auf 1.069,7 Mio EUR (2024: 1.084,3 Mio EUR), die Veränderungen ergeben sich aus umgesetzten Effizienz- und Kostenmaßnahmen, die den Kostenauftrieb aus kollektivvertraglichen Gehaltsanpassungen im operativen Personalaufwand kompensieren. Die Österreichische Post AG beschäftigte im Jahr 2025 durchschnittlich 17.043 Mitarbeitende (Vollzeitkräfte), während in der Vorjahresperiode durchschnittlich 16.688 Mitarbeitende tätig waren (2,13%).

Der Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen erhöhte sich im Berichtszeitraum um 2,2% auf 566,7 Mio EUR (2024: 554,5 Mio EUR). Erhöhend wirkten vor allem Transporte durch externe Dienstleister*innen aufgrund der Mehrmenge an Paketen in Österreich sowie Ausgaben für Leasingkräfte. Gegenläufig wirkte ein Rückgang der Materialaufwendungen für fossile Treibstoffe im Geschäftsjahr 2025.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken um 1,3% auf 387,4 Mio EUR (2024: 392,5 Mio EUR) und wurden im Geschäftsjahr im Wesentlichen durch niedrigere Aufwendungen im Zusammenhang mit Schadensfällen beeinflusst, gegenläufig wirken höhere Miet- und Pachtzinsen, EDV-Dienstleistungen und Instandhaltungen.

Die Abschreibungen lagen 2025 mit 87,1 Mio EUR um 7,2% unter dem Vorjahresniveau in Höhe von 93,9 Mio EUR. Im Vorjahr kam eine außerplanmäßige Abschreibung im Zusammenhang mit Liegenschaften in Salzburg und Wien zum Tragen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge und aktivierten Eigenleistungen betrugen im Geschäftsjahr 2025 51,2 Mio EUR (2024: 45,9 Mio EUR).

Das Beteiligungsergebnis erhöhte sich im Berichtszeitraum 2025 auf 28,9 Mio EUR (2024: 11,0 Mio EUR).

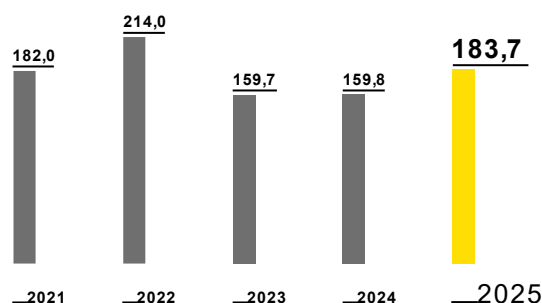
Das ausgewiesene EBIT im Geschäftsjahr 2025 betrug 183,7 Mio (2024: 159,8 Mio EUR).

Das sonstige Finanzergebnis und der Umgründungsverlust bzw Umgründungsgewinn der Österreichischen Post hat sich 2025 von minus 3,1 Mio EUR auf minus 7,7 Mio EUR verschlechtert. Dies ist im Wesentlichen auf das, im vergangenen Geschäftsjahr erfasste Ergebnis aus Umgründungen zurückzuführen.

Nach Abzug der Steuern vom Einkommen und Ertrag von 40,2 Mio EUR, ergab sich somit ein um 9,6% höherer Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2025 in Höhe von 135,8 Mio EUR (2024: 123,9 Mio EUR).

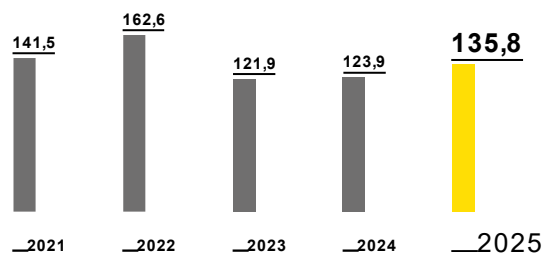
EBIT

Mio EUR



Jahresüberschuss

Mio EUR



2.4 Vermögens- und Finanzlage

Bilanz per 31. Dezember

Mio EUR	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2025	Struktur 31.12.2025
AKTIVA				
Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	699,3	705,8	711,7	33,1%
Finanzanlagen	751,5	750,5	780,4	36,3%
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	508,6	560,8	494,4	23,0%
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	20,3	6,6	97,2	4,5%
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	40,2	44,0	45,6	2,1%
Aktive latente Steuern	17,6	19,8	20,9	1,0%
	2.037,5	2.087,6	2.150,1	100,0%
PASSIVA				
Eigenkapital	779,4	783,0	795,1	37,0%
Investitionszuschüsse	10,8	22,0	40,3	1,9%
Rückstellungen	640,6	626,9	558,5	26,0%
Verbindlichkeiten	574,5	627,3	732,1	34,0%
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	32,3	28,4	24,2	1,1%
	2.037,5	2.087,6	2.150,1	100,0%

2.4.1 BILANZSTRUKTUR

Die Österreichische Post AG setzt auf eine solide Bilanz- und Finanzierungsstruktur. Dies zeigt sich vor allem an der soliden Veranlagung von Zahlungsmitteln mit möglichst geringem Risiko.

Die Bilanzsumme der Österreichischen Post lag am 31. Dezember 2025 bei 2.150,1 Mio EUR (31. Dezember 2024: 2.087,6 Mio EUR). Aktivseitig bilden Finanzanlagen in Höhe von 780,4 Mio EUR wie im Vorjahr die größte Bilanzposition (31. Dezember 2024: 750,5 Mio EUR). Im Wesentlichen sind darin Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von 748,8 Mio EUR (31. Dezember 2024: 721,1 Mio EUR), Wertpapiere des Anlagevermögens in Höhe von 4,8 Mio EUR (31. Dezember 2024: 4,8 Mio EUR), Beteiligungen in Höhe von 21,8 Mio EUR (31. Dezember 2024: 21,8 Mio EUR) sowie Ausleihungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 4,6 Mio EUR (31. Dezember 2024: 2,4 Mio EUR) enthalten.

Die Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände beliefen sich auf 711,7 Mio EUR (31. Dezember 2024: 705,8 Mio EUR). Die größten Posten des Sachanlagevermögens sind Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund mit einem Buchwert von 340,8 Mio EUR (31. Dezember 2024: 339,3 Mio EUR), Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung mit einem Buchwert von 236,9 Mio EUR (31. Dezember 2024: 225,2 Mio EUR), technische Anlagen mit einem Buchwert von 98,1 Mio EUR

(31. Dezember 2024: 112,7 Mio EUR) sowie geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau mit einem Buchwert von 18,2 Mio EUR (31. Dezember 2024: 18,6 Mio EUR). Die immateriellen Vermögensgegenstände beliefen sich auf 17,7 Mio EUR (31. Dezember 2024: 10,0 Mio EUR) und bestehen im Wesentlichen aus Konzessionen, Firmenwerten und immateriellen Vermögensgegenständen in Entwicklung.

In der Bilanz sind Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände zum 31. Dezember 2025 in Höhe von 494,4 Mio EUR enthalten (31. Dezember 2024: 560,8 Mio EUR). Mit 470,5 Mio EUR (31. Dezember 2024: 537,9 Mio EUR) bilden Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände den größten Anteil dieser Position, wobei davon 5,3 Mio EUR (31. Dezember 2024: 5,4 Mio EUR) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr aufweisen. Der Posten Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände besteht in Höhe von 256,0 Mio EUR (31. Dezember 2024: 285,0 Mio EUR) aus kurzfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, in Höhe von 129,4 Mio EUR (31. Dezember 2024: 149,9 Mio EUR) aus sonstigen Forderungen und Vermögensgegenständen und in Höhe von 85,1 Mio EUR (31. Dezember 2024: 103,0 Mio EUR) aus kurzfristigen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen.

Die Bilanzposition Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten ist im Vergleich zum Vorjahr um 90,6 Mio EUR gestiegen und wies zum Bilanzstichtag einen Wert von 97,2 Mio EUR (31. Dezember 2024: 6,6 Mio EUR) auf.

Die Passivseite der Bilanz ist von einem hohen Anteil an Eigenkapital geprägt. Zum Bilanzstichtag lag das Eigenkapital bei 795,1 Mio EUR (31. Dezember 2024: 783,0 Mio EUR). Die Eigenkapitalquote betrug per Ende Dezember 2025 37,0 % (31. Dezember 2024: 37,5 %).

Weiters sind auf der Passivseite Rückstellungen in Höhe von 558,8 Mio EUR per 31. Dezember 2025 ausgewiesen (31. Dezember 2024: 626,9 Mio EUR). Diese sind größtenteils langfristig und beinhalten primär Personalrückstellungen, die vor allem auf die spezifische Beschäftigungssituation beamteter Mitarbeiter*innen der Österreichischen Post zurückzuführen sind. Bei rund 70 % der Rückstellungen handelt es sich um Personalrückstellungen. So entfielen 123,8 Mio EUR (31. Dezember 2024: 145,5 Mio EUR) auf Rückstellungen für Unterauslastungen. Weitere 142,7 Mio EUR

(31. Dezember 2024: 154,8 Mio EUR) betrafen gesetzlich und vertraglich verpflichtende Sozialkapitalrückstellungen (Abfertigungen und Jubiläumsgelder). Die sonstigen Rückstellungen enthielten Verpflichtungen für etwaige Ersatzleistungen in Zusammenhang mit gutgeschriebenen Rückforderungsansprüchen aus in Vorperioden bezahlten Lohnnebenkosten.

Die Verbindlichkeiten der Österreichischen Post betragen zum Bilanzstichtag 732,1 Mio EUR (31. Dezember 2024: 627,3 Mio EUR). Sie beinhalten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 159,1 Mio EUR (31. Dezember 2024: 145,1 Mio EUR), Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 118,8 Mio EUR (31. Dezember 2024: 80,2 Mio EUR), Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 295,2 Mio EUR (31. Dezember 2024: 280,4 Mio EUR) sowie Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 156,1 Mio EUR (31. Dezember 2024: 113,0 Mio EUR).

2.4.2 CASHFLOW

Cashflow

Mio EUR	2023	2024	2025
CASHFLOW AUS DEM ERGEBNIS	179,1	238,3	212,1
+/- Veränderungen im Nettoumlaufvermögen	-1,9	-38,8	27,5
- gezahlte Steuern	-33,5	-10,1	10,8
= CASHFLOW AUS DER BETRIEBLICHEN TÄTIGKEIT	143,6	189,4	250,3
+/- Cashflow aus Investitionstätigkeit	-38,1	-119,3	-77,8
= FREE CASHFLOW	105,6	70,1	172,6
+/- Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-85,7	-84,3	-82,0
= NETTOVERÄNDERUNG LIQUIDER MITTEL	19,9	-14,2	90,6
Liquide Mittel am 1. Jänner	0,4	20,3	6,6
Änderung Umfang Liquide Mittel	0,0	0,5	0,0
LIQUIDE MITTEL AM 31. DEZEMBER	20,3	6,6	97,2

Der Cashflow aus dem Ergebnis erreichte im Geschäftsjahr 2025 212,1 Mio EUR nach 238,3 Mio EUR im Jahr 2024. Der Cashflow aus der betrieblichen Tätigkeit lag mit 250,3 Mio EUR im Geschäftsjahr 2025 um 60,9 Mio EUR über dem Vergleichswert des Vorjahres, der 189,4 Mio EUR betrug (+32%).

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit belief sich im Jahr 2025 auf einen Wert von minus 77,8 Mio EUR nach minus 119,3 Mio EUR im Vorjahr.

Die Auszahlungen für Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände beliefen sich auf 86,2 Mio EUR nach 96,7 Mio EUR im Vorjahr. Die Auszahlungen für Finanzanlagen verringerten sich von 56,4 Mio EUR im Geschäftsjahr 2024 auf 37,5 Mio EUR in 2025. Demgegenüber stehen Einzahlungen aus dem Verkauf von Sachanlagen in Höhe von 10,0 Mio EUR nach 4,6 Mio EUR im Vorjahr. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Veräußerung von Liegenschaften in 2025 zurückzuführen. Die Beteiligungserträge belaufen sich auf 43,4 Mio EUR im Geschäftsjahr 2025, im Vorjahr auf 45,9 Mio EUR.

Der Free Cashflow belief sich in der aktuellen Berichtsperiode auf 172,6 Mio EUR nach 70,1 Mio EUR im Jahr zuvor.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von minus 82,0 Mio EUR (2024: minus 84,3 Mio EUR) ist beeinflusst durch die Dividendenausschüttung in Höhe von 123,6 Mio EUR.

2.4.3 WESENTLICHE INVESTITIONEN

Die Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände der Österreichischen Post beliefen sich im Geschäftsjahr 2025 in Summe auf 87,1 Mio EUR und lagen damit um 5,2 Mio EUR unter dem Niveau des Vorjahres. Davon entfielen 84,3 Mio EUR auf Investitionen in Sachanlagen und

2,7 Mio EUR auf Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände.

Nach Kategorien betrachtet verteilt sich die Investitionssumme wie folgt:

67% der Investitionen der Österreichischen Post entfielen auf den Bereich Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung. Auf den Bereich Grundstücke/Bauten entfiel in der Berichtsperiode ein Anteil von 15%, während Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau 10% des Investitionsprogramms ausmachten, welche vorwiegend für das Paketerweiterungsprogramm sowie für Zustellfahrzeuge bestimmt waren. Zudem entfielen 4% der Investitionen auf technische Anlagen und Maschinen in den Logistikzentren. Die immateriellen Vermögensgegenstände machten einen Anteil von 3% aus.

Der überwiegende Anteil der Investitionen wurde zur Umstellung der Fahrzeugflotte auf eine CO₂-freie Zustellung getätigt. Für E-Mobilität wurden 2025 fast 44 Mio EUR investiert.

Sowohl bei Neu- als auch bei Ersatzinvestitionen erfolgt eine detaillierte Rentabilitätsbetrachtung der jeweiligen Maßnahme. Ersatzinvestitionen werden dann getätigt, wenn entweder mit der neueren Technologie ein Produktivitätsfortschritt erzielt werden kann, der die laufenden Aufwendungen für Eigen- und Fremdpersonal oder den Zukauf von Transportleistungen reduziert, oder wenn der optimale Austauschzeitpunkt dadurch gegeben ist, dass die Lebenszykluskosten (vor allem Instandhaltungskosten) die Kosten eines neu beschafften Anlageguts überschreiten.

Investitionen werden sowohl während diverser Planungsphasen als auch im Zuge der Beschaffungsphase durch ein Gremium genehmigt und freigegeben, das sich je nach Investitionsvolumen aus Bereichsverantwortlichen, einzelnen oder allen

Vorständen bzw. dem Aufsichtsrat der Österreichischen Post zusammensetzt. Neben laufenden Plan/Ist-Vergleichen findet zum

Abschluss der Investitionsphase – insbesondere bei großen Projekten – eine Investitionsnachschaue statt.

2.5 Ergebnis- und wertorientierte Kennzahlen

Ergebnis- und wertorientierte Kennzahlen

	2023	2024	2025
EBIT-Marge ¹⁾	7,9 %	7,1 %	8,3 %
ROE ²⁾	18,5 %	18,8 %	20,6 %
ROCE ³⁾	12,1 %	11,9 %	12,5 %
Ø Capital Employed ⁴⁾	1.322,8 Mio EUR	1.373,5 Mio EUR	1.474,0 Mio EUR

¹⁾ EBIT-Marge = EBIT/Umsatz

²⁾ Return on Equity = Jahresüberschuss/Eigenkapital abzüglich im Geschäftsjahr geflossener Dividende

³⁾ Return on Capital Employed = EBIT/durchschnittliches Capital Employed

⁴⁾ Capital Employed = Immaterielle Vermögensgegenstände + Sachanlagen + Anteile an verbundenen Unternehmen + Beteiligungen + Vorräte + Forderungen (abzüglich verzinslicher Forderungen) + Aktive Rechnungsabgrenzungsposten – unverzinsliches Fremdkapital

Die EBIT-Marge der Österreichischen Post stieg von 7,1% im Jahr 2024 auf 8,3% im Jahr 2025. Der Return on Equity veränderte sich aufgrund des gestiegenen Ergebnisses von 18,8% auf 20,6% im Geschäftsjahr 2025. Der Return on Capital Employed stieg von 11,9% im Vorjahr auf 12,5% im aktuellen Geschäftsjahr.

2.6 Nichtfinanzielle Informationen gemäß NaDiVeG

Nachhaltigkeit, Kund*innenorientierung und eine starke Unternehmenskultur, die von Sinn, Freude und Leistung geprägt ist, sind zentrale Elemente der integrierten Unternehmens- und Nachhaltigkeitsstrategie der Österreichischen Post. Diese ist gepaart mit einem umfassenden Masterplan zur Nachhaltigkeit in der Österreichischen Post, mit dem Zielsetzungen und Maßnahmen für die nächsten Jahre verfolgt werden.

Die Österreichische Post AG ist nach den Anforderungen des NaDiVeG (Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz) gemäß § 267a UGB zur Veröffentlichung einer Nichtfinanziellen Erklärung verpflichtet.

Dieser Verpflichtung kommt die Österreichische Post AG mit der Veröffentlichung einer nichtfinanziellen Erklärung im Konzernlagebericht nach. Die nichtfinanzielle Erklärung wird in Übereinstimmung mit den Anforderungen gemäß §§ 267a und 243b UGB, den Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung der European Sustainability Reporting Standards (ESRS) sowie Artikel 8 der EU-Taxonomie VO ((EU) 2020/852) in Verbindung mit den anwendbaren Delegierten Rechtsakten der Europäischen Kommission erstellt. Der Nachhaltigkeitsbericht wird von unabhängiger dritter Stelle mit begrenzter Sicherheit geprüft.

Die nichtfinanzielle Erklärung wird unter post.at/ir veröffentlicht.

3. Forschung und Entwicklung/Innovationsmanagement

Ein zentraler Erfolgsfaktor für die nachhaltige Entwicklung der Österreichischen Post – gerade in einem Umfeld zunehmender Unsicherheit und dynamischer Veränderungen – ist die frühzeitige Erkennung relevanter Trends in Markt, Technologie und Gesellschaft. Die Digitalisierung, der Einsatz von Künstlicher Intelligenz sowie die wachsende Bedeutung von Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft prägen die Erwartungen unserer Kund*innen und Partner*innen. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, setzt die Post auf die konsequente Entwicklung neuer Produkte und Geschäftsmodelle sowie die Erweiterung des bestehenden Kerngeschäfts.

Die steigende Nachfrage nach komfortablen, digitalen Services und umweltfreundlichen Lösungen erfordert ein kontinuierli-

ches Hinterfragen und Optimieren unserer Prozesse. Die Österreichische Post investiert daher gezielt in die Verbesserung bestehender Abläufe, die Einführung innovativer Services und die Erschließung neuer Geschäftsfelder. Dazu zählen unter anderem KI-gestützte Anwendungen für Kund*innenservice und Prozessautomatisierung, neue Convenience-Angebote wie die Vorzimmerzustellung oder die Sonntagszustellung sowie nachhaltige Lösungen wie die wiederverwendbare Verpackung „Post Loop“.

Unsere Investitionen umfassen nicht nur die Erweiterung des Kund*innenangebots, sondern auch den Ausbau des logistischen Backbones – von hochautomatisierten Sortieranlagen über digitale Plattformen bis hin zur vollständigen Elektrifizierung der Fahrzeugflotte. Gemeinsam mit starken Kooperationspartner*innen entstehen Lösungen, die neue Standards in der Branche setzen und die Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichern.

Dank des konsequenten Innovationskurses der vergangenen Jahre, der Kapazitätsausbau mit modernster Technologie und neuen Geschäftsansätzen verbindet, konnte die Österreichische Post ihre Rolle als führender wirtschaftlicher Leitbetrieb weiter festigen. Grundlage dieses Erfolgs ist ein Forschungs- und Innovationsmodell, das flexibel auf Marktveränderungen reagiert, ESG-Ziele integriert und gleichzeitig höchste Effizienz gewährleistet.

Die Kombination aus zentraler Steuerung der Innovationsaktivitäten und der Arbeit in dezentralen Innovationsteams in den Geschäftsbereichen der Österreichischen Post erweist sich weiterhin als erfolgreich. Das zentrale Innovationsmanagement unterstützt die Innovationsarbeit der Geschäftsbereiche, indem es Marktbedürfnisse und Zukunftstrends frühzeitig erkennt und entsprechende Initiativen einleitet. Darüber hinaus übernimmt das zentrale Innovationsmanagement zahlreiche Aufgaben zur Vernetzung des Unternehmens und der Geschäftsbereiche sowohl nach außen als auch nach innen. Hierfür werden verschiedene Formate angeboten, um ein optimales Innovations-Setup zu erreichen.

Um potenzielle Kooperations- und Investitionsmöglichkeiten effizient zu identifizieren, setzt die Österreichische Post auf ein strukturiertes „Partner Screening“ innerhalb des zentralen Innovationsmanagements. Dieses Vorgehen wurde auch im Geschäftsjahr 2025 fortgeführt. Die Geschäftsbereiche definieren ihre Suchprofile, auf deren Basis gezielt passende Optionen abgeleitet werden. Ein wesentlicher Vorteil ist das flexible Vorgehensmodell, das drei strategische Dimensionen berücksichtigt: Eigenentwicklung, Kooperationen und Akquisitionen.

Ein herausragendes Beispiel für die erfolgreiche internationale Vernetzung der Österreichischen Post ist die aktive Teilnahme an der „Postal Innovation Platform“. Dieses Netzwerk verbindet führende Postgesellschaften international und ermöglicht einen strukturierten Austausch zu zentralen Zukunftsthemen der Branche – von Digitalisierung und Automatisierung über Nachhaltigkeit bis hin zu neuen Geschäftsmodellen.

Im Geschäftsjahr 2025 wurde die Zusammenarbeit intensiviert: Der Fokus lag auf der Erweiterung des Themenportfolios so-

wie der Einbindung zusätzlicher strategischer Partner. Diese Plattform bietet nicht nur Zugang zu Best Practices, sondern schafft auch Raum für den offenen Austausch über erfolgreiche Innovationen und Projekte, die nicht weiterverfolgt wurden. Damit fördert sie eine Kultur der Transparenz und des Lernens, die für die Weiterentwicklung der gesamten Branche entscheidend ist.

Ein besonders praxisorientiertes Format mit starkem internem Fokus ist die „Innovationszeit“. Dieses Programm bietet Mitarbeiter*innen der Österreichischen Post eine strukturierte Plattform, um eigene Verbesserungsideen einzubringen und selbstständig umzusetzen.

Die „Gelbe Ideenwerkstatt“ ist das interne Innovationsnetzwerk der Österreichischen Post und dient als zentrale Plattform für den Austausch von Ideen, Trends und Lösungen. Sie ermöglicht unternehmensweite Ideenwettbewerbe und fördert eine Kultur der Zusammenarbeit, in der kreative Ansätze sichtbar und umsetzbar werden.

Im Jahr 2025 wurde erstmals ein internationaler Ideenwettbewerb zum Thema „Out-of-Home“ durchgeführt. Kolleg*innen aus allen Regionen beteiligten sich mit über 250 Beiträgen in zwölf Landessprachen. Ziel war es, die User Experience für Paketkund*innen bei dieser zunehmend beliebten Zustellvariante zu verbessern. Die Vielfalt der eingereichten Ideen zeigt, wie stark die Innovationskraft unserer Mitarbeiter*innen zur Weiterentwicklung des Unternehmens beiträgt – von praktischen Prozessoptimierungen bis hin zu Promotion-Ideen.

Die „Gelbe Ideenwerkstatt“ ist damit mehr als ein Tool: Sie ist ein strategisches Instrument, um Wissen zu vernetzen, Innovationspotenziale zu heben und die Post als lernende Organisation zu positionieren.

Angesichts der allgemeinen Diskussionen um generative künstliche Intelligenz werden sämtliche Initiativen im Bereich der Künstlichen Intelligenz („Artificial Intelligence“) im „AI Center of Competence“ gebündelt. Die Themen reichen unter anderem vom Wissensmanagement über Tools für den Kund*innenservice bis hin zu einem Übersetzungsservice. So sichert die Post ihre Wettbewerbsposition nachhaltig und treibt die Branchenentwicklung voran.

Darüber hinaus kooperiert die Österreichische Post seit langem mit namhaften österreichischen Universitäten, Fachhochschulen und anderen Forschungseinrichtungen sowie verschiedenen Förderungsstellen. Wichtige Partner*innen sind dabei die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft, die Kommunalkredit Public Consulting, die Fachhochschule Oberösterreich, die Technische Universität Graz, der Klima- und Energiefonds sowie die Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft. Ziel der Zusammenarbeit ist es, den Fokus auf Innovationen weiter zu verstärken und in der Entwicklung von Produkten und Services auf wissenschaftlich fundierte Ergebnisse zurückgreifen zu können.

Die Post arbeitet konsequent an der digitalen Unterstützung in ihren Kernprozessen. Mit dem Auflegeroboter „Robin“ hat

die Österreichische Post einen wichtigen Schritt in Richtung Automatisierung gesetzt: Innerhalb eines Jahres wurden über eine Million Pakete verarbeitet, wodurch körperlich anspruchsvolle Tätigkeiten für Mitarbeiter*innen deutlich reduziert wurden. „Robin“ ist Teil einer umfassenden Strategie, das Paket-Logistikzentrum Wien zu einem Innovations-Hub auszubauen. Ergänzend kommen AutoUnloader für die LKW-Entladung, automatische Rollbehälter-Kipper und KI-gestützte Systeme zum Einsatz. Derzeit werden weitere Technologien wie Roboterarme für schwere Pakete und autonome Flurförderfahrzeuge getestet, um Effizienz und Ergonomie nachhaltig zu steigern. Die Österreichische Post sucht für Innovationen und Investitionen konsequent nach Fördermöglichkeiten.

Im Geschäftsjahr 2025 wurde das beliebte Service Alles-Post zum Empfang aller Pakete bequem und flexibel mit der Österreichischen Post auf ein Abo-Model – wie von Streaming-Diensten bekannt – umgestellt. Eine wichtige Innovation im Kernbereich der Services wurde mit PostPay geschaffen. PostPay ist die neue Zahlungsoption der Österreichischen Post, die den Bezahlprozess im Online-Handel deutlich vereinfacht. Kund*innen müssen beim Bestellvorgang keine Zahlungsdaten oder Passwörter eingeben, sondern können flexibel zwischen Bestellung und Zustellung bezahlen – online über gängige Anbieter oder direkt bei der Übergabe des Pakets. Damit setzt die Österreichische Post einen neuen Standard für einfache und kundenfreundliche Zahlungsabwicklung im E-Commerce.

Das zusammen mit der Fachhochschule Oberösterreich entwickelte und von der Verpackungskoordinierungsstelle geförderte Konzept einer wiederverwendbaren Verpackung führte in den letzten Jahren zur Einführung eines nachhaltigen Marktangebots: „Post Loop“ für Online-Händler*innen. Diese können ihren Kund*innen nun wiederverwendbare Verpackungen für den Versand anbieten. Die Österreichische Post setzt ihren Innovationskurs im Bereich nachhaltiger Verpackungslösungen fort und erweitert das Sortiment 2025 um zwei neue Produkte: das Post Loop-Flaschenpaket für den sicheren Versand von Flaschen mit z.B. Getränken oder Ölen und das Post Loop-Frischepaket für den Transport gekühlter Lebensmittel. Damit reagiert die Post auf die steigende Nachfrage nach umweltfreundlichen Versandoptionen und stärkt ihre Position als Vorreiterin in der Kreislaufwirtschaft.

Erstmals sind die wiederverwendbaren Verpackungen auch für Privatkund*innen verfügbar. Seit Frühjahr 2025 können Post Loop-Verpackungen in ausgewählten Postfilialen erworben werden, um auch beim privaten Paketversand umweltbewusst zu handeln.

Die Österreichische Post startet 2025 ihr Serviceangebot um die Sonntagszustellung für Versenderkund*innen. Nach einem erfolgreichen Start in Wien wurde die Sonntagszustellung auch auf Linz und Graz ausgeweitet. Für dieses Service setzt die Post auf eigenes Personal und schafft zusätzliche Arbeitsplätze, die nach dem Post-Kollektivvertrag abgesichert sind. Mit dieser Innovation rea-

giert die Post auf die steigende Nachfrage nach schneller und komfortabler Paketzustellung und stärkt ihre Position als Serviceführerin am österreichischen Markt.

Eine Innovation, die Versender*innen zugutekommt, ist das von der Österreichische Post entwickelte neues System, das CO₂-Emissionen für jedes einzelne Paket nach ISO 14083 präzise berechnet und ausweist. Damit erhalten Großversender*innen verlässliche Daten für ihre Emissionsberichte und können gleichzeitig Optimierungspotenziale im Transportprozess identifizieren.

Die Österreichische Post setzt ihre erfolgreiche Crypto stamp-Saga fort und präsentiert mit „Crypto stamp Island – Schlacht der Spiegel“ eine neue limitierte Ausgabe, die Briefmarke, Comic, NFT und Kampagne zu einem integrierten Story-Erlebnis verbindet.

Im Bereich der Filialen wurde das Konzept der „Filiale der Zukunft“ auf weitere Standorte ausgerollt. Damit soll eine persönliche Beratung ergänzt durch rund um die Uhr zugängliche Selbstbedienungsstationen für Post- und bank99-Kund*innen verbessert werden. Die „Filiale der Zukunft“ setzt neben Bequemlichkeit für Kund*innen und moderner Serviceorientierung auf nachhaltige Komponenten sowohl bei den Angeboten als auch in der Ausstattung.

Die Österreichische Post hat ihr Digital-Out-of-Home-Netzwerk (DOOH) innerhalb eines Jahres um rund 30% ausgebaut und betreibt nun 160 hochauflösende Screens an stark frequentierten Standorten in ganz Österreich.

Das Geschäftsfeld Business Solutions ist führende Anbieterin für innovative, digitale und physische Geschäftsprozesslösungen und unterstützt über 500 nationale und internationale Kund*innen bei der Automatisierung. Unter der Marke "Post Business Solutions" wird den Geschäftskund*innen ein breites Portfolio an effizienten Businesslösungen – von der Datenerfassung über intelligente Workflows bis hin zu Druck- und Scantechnologien – nach höchsten Datenschutz- und Compliance-Standards angeboten.

Logistics Solutions entwickelt maßgeschneiderte Fulfillment, Warehousing und Value Added Services entlang der gesamten E Commerce Wertschöpfungskette und bietet Kund*innen integrierte, technologiebasierte Logistiklösungen aus einer Hand. Die Organisationseinheiten und Beteiligungen der Logistics Solutions – Post Systemlogistik, Post Wertlogistik, ACL und shöpping – haben im vergangenen Jahr entscheidende Schwerpunkte für Innovation und Effizienz gesetzt.

Im Bereich Prozesse und Abläufe liegt ein wesentlicher Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkt auf der Stärkung der Nachhaltigkeit. Dabei investiert die Österreichische Post laufend in Maßnahmen zur Verbesserung der CO₂-neutralen und schadstofffreien Zustellung, um bis 2030 landesweit CO₂-frei zustellen zu können. Erstmals kommen 2025 auch elektrische Allrad-Fahrzeuge zum Einsatz.

Die Österreichische Post ist immer wieder in Konsortien beteiligt, die einen starken Forschungscharakter aufweisen und oftmals mit Fördermitteln bedacht werden. So wird im Projekt „C2C-Retouren“ in Kooperation mit Forschungs- und Unternehmenspartner*innen ein Konzept zur Erprobung einer Kund*in-zu-Kund*in Weiterleitung von Kleidung getestet. Weiters ist die Post im EU-Projekt O-CEI gemeinsam mit zahlreichen Teilnehmer*innen aus dem gesamten europäischen Raum vertreten, wobei hier die smarte Integration des Elektrofuhrparks in das Energiemanagementsystem der Österreichischen Post getestet werden soll.

Im Forschungsprojekt „Quantifying Trustworthiness of Data“ untersuchte die Österreichische Post das Potenzial großer Sprachmodelle (LLMs) zur Erkennung und Korrektur fehlerhafter personenbezogener Daten wie Namen, Adressen und Telefonnummern. Dies eröffnet neue Möglichkeiten zur automatisierten Datenqualitätssicherung in kunden- und zustellrelevanten Prozessen.

Es handelt sich hierbei um eine exemplarische, nicht vollständige Darstellung ausgewählter Forschungsprojekte.

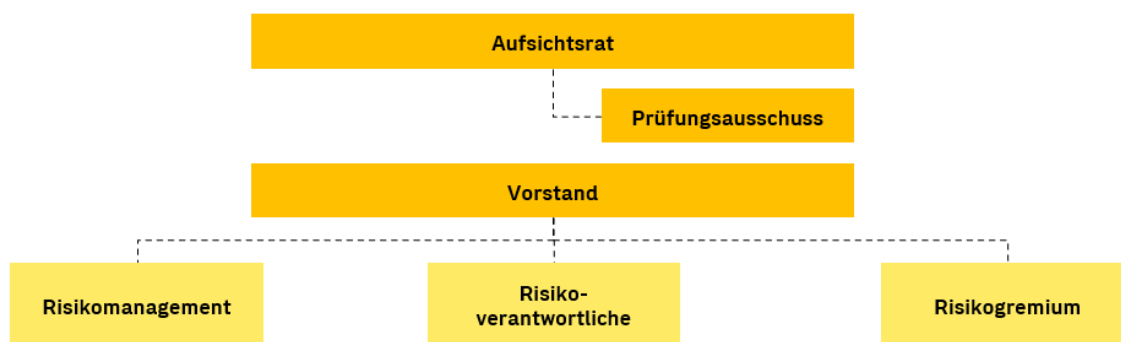
4. Chancen und Risiken

4.1 Risikomanagementsystem

Zur Unterstützung der Zielerreichung der Konzern- und Nachhaltigkeitsstrategie betreibt die Österreichische Post ein umfangreiches Risikomanagement, in das alle Unternehmenseinheiten sowie Konzerngesellschaften einbezogen sind. Dieses richtet sich grundsätzlich nach dem COSO-Standard „Enterprise Risk Management – Integrated Framework“ von Juni 2017 und

setzt daher auf den Elementen Governance, Strategie und Zielsetzung, Durchführung, Überprüfung und Evaluierung und Information, Kommunikation und Berichtswesen auf. Risiken sind definiert als potenzielle Abweichungen von Unternehmenszielen. Das Ziel des Risikomanagements ist es, die Risiken frühzeitig zu erkennen, zu analysieren, zu bewerten und durch geeignete Maßnahmen das Erreichen der Unternehmensziele zu unterstützen. Risiken werden nach einheitlichen Grundsätzen in ihrem Gesamtzusammenhang identifiziert, bewertet, überwacht und in einem unternehmensweiten Risikomanagementsystem dokumentiert.

Governancestruktur des Risikomanagements



4.1.1 GOVERNANCE – ROLLEN UND ZUSTÄNDIGKEITEN

Aufsichtsrat und Prüfungsausschuss überwachen das rahmengebende Risikomanagementsystem sowie Entwicklung und Management der bedeutenden Risiken.

Jede einzelne Person bei der Österreichischen Post trägt durch ihre Entscheidungen und Handlungen zum Risikoprofil und -management bei und ist dazu angehalten die Grundprinzipien und Werte der Post umzusetzen.

Darüber hinaus kommt folgenden Personen bzw. Funktionen eine besondere Rolle zu:

Der **Vorstand** trägt die Verantwortung für das Chancen- und Risikoprofil des Unternehmens und geschäftsfeldübergreifende Risiken, dazu gehören auch Finanzrisiken sowie das Management dieses Profils und dieser Risiken.

Die jeweilige **Geschäftsfeldleitung** trägt die Verantwortung für ihre Geschäftsfeldrisiken sowie deren Management.

Die Verantwortung ist nicht delegierbar.

Der Vorstand wird beim Management des Chancen- und Risikoprofils sowie der geschäftsfeldübergreifenden Risiken vom Risikogremium unterstützt.

Das Risikomanagement-Team ist für die Gestaltung eines dem Unternehmen angemessenen und wirksamen Enterprise Risk Managementsystems zuständig. Dazu gehören die Analyse der Gegebenheiten und zu beachtenden Anforderungen an ein solches Managementsystem, dessen Implementierung, Aufrechterhaltung, Überprüfung und kontinuierliche Verbesserung.

Darüber hinaus koordiniert das Risikomanagement-Team den Risikomanagementprozess, der die Identifikation, Bewertung, Steuerung und das Monitoring von Risiken beinhaltet. Dazu gehört auch die Unterstützung von Fachbereichen und Projektleitungen bei der Erstellung von Entscheidungsgrundlagen der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane.

4.1.2 BERICHTERSTATTUNG UND ÜBERWACHUNG

Die Wahrnehmung der Überwachungs- und Steuerungsfunktion wird durch die Berichterstattung des Risikomanagement-Teams an die Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane unterstützt.

Die Regelberichterstattung sieht eine zumindest halbjährliche Berichterstattung an den Vorstand und den Prüfungsausschuss und eine zumindest jährliche Berichterstattung an den Gesamtaufsichtsrat vor.

Darüber hinaus erhalten die Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane im Zuge von zustimmungspflichtigen Entscheidungen die für die Entscheidung erforderlichen Chancen- und Risiken-Informationen.

Unerwartet auftretende Risiken werden dem Vorstand und gegebenenfalls dem Prüfungsausschuss und/oder Aufsichtsrat unmittelbar (ad hoc) berichtet.

Die Funktionsfähigkeit des Enterprise Risk Managementsystems wird in Anlehnung an den Österreichischen Corporate

Governance Kodex jährlich durch Wirtschaftsprüfer*innen beurteilt. Mit Inkrafttreten der CSRD wird diese jährliche Prüfungstätigkeit verstärkt. Des Weiteren werden die Konzeption, Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems regelmäßig evaluiert, überwacht und kontrolliert.

4.1.3 ZIELSETZUNG UND RISIKOPOLITIK

Die Risikopolitik der Österreichischen Post ist auf Bestandssicherung und nachhaltige Steigerung des Unternehmenswerts ausgerichtet und fügt sich in die Unternehmens- und Nachhaltigkeitsstrategie ein.

Die Risikobereitschaft der Österreichischen Post leitet sich von ihrer Positionierung am Kapitalmarkt als zuverlässiger Dividentitel, den Werten sowie den risikopolitischen Grundsätzen ab. Er unterstützt mit diesem Rahmen die Umsetzung der Konzernstrategie.

Aus diesen risikopolitischen Überlegungen und im Einklang mit der Konzern-Strategie hat der Post-Konzern Limits abgeleitet, die ein Agieren innerhalb des definierten Risikoappetits ermöglichen und die Risikotragfähigkeit sicherstellen.

4.1.4 RISIKOMANAGEMENTPROZESS

Die wichtigsten Schritte des Risikomanagementprozesses sind:

1. Identifizierung und Bewertung Der Standardrisikomanagementprozess wird halbjährlich durchgeführt. Im Zuge des Prozesses sind sämtliche Unternehmensbereiche sowie die vollkonsolidierten Beteiligungen dazu aufgefordert, Chancen und Risiken zu identifizieren, zu bewerten, Steuerungsmaßnahmen festzulegen sowie den Status bereits bekannter Chancen & Risiken zu aktualisieren. Das Konzern-Risikomanagement-Team unterstützt darüber hinaus die einzelnen Unternehmensbereiche sowie Projektleitungen in Form proaktiver Risiko-Assessments hinsichtlich ihrer Risiken. Hierbei kommen verschiedene Methoden zur Anwendung: Expertengespräche, Workshops und Analysen des Risikomanagement-Teams.

Im Zuge der Analyse und Bewertung werden die Chancen und Risiken in Szenarien beschrieben und anschließend so weit wie möglich gemäß den Dimensionen „Auswirkung“ und „Eintrittswahrscheinlichkeit“ quantifiziert, wobei die Auswirkung in Bezug auf EBIT und Cashflow beurteilt wird. Nicht quantifizierbare Risiken werden anhand definierter qualitativer Klassen bewertet. Die Bewertung der Risiken und Chancen erfolgt in den für die jeweilige Risikoart angemessenen Zeithorizonten, d.h. kurzfristig (1 Jahr), mittelfristig (1–4 Jahre) und gegebenenfalls langfristig (über 4 Jahre).

Die Ergebnisse der Identifizierung und Bewertung werden in einer eigenen Risikomanagement-Software dokumentiert.

Das zentrale Risikomanagement sammelt und überprüft die identifizierten und bewerteten Chancen und Risiken. Die finanziellen Effekte möglicher Überschneidungen werden im Rahmen

der Aggregation berücksichtigt. Unter Einsatz statistischer Methoden wird die Gesamtrisikoposition der Österreichischen Post ermittelt. Zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit werden Stresstests durchgeführt.

Darüber hinaus wird das Risikoportfolio im Risikogremium analysiert und plausibilisiert.

2. Steuerung und Monitoring Auf Basis der Risikoidentifikation und -bewertung nachgelagerten Portfolioanalysen werden Chancen und Risiken priorisiert und gesteuert. Die Risikosteuerung erfolgt durch die Festlegung geeigneter Maßnahmen mit dem Ziel, Risiken zu vermeiden, zu reduzieren oder auf Dritte zu übertragen. Die Unternehmensbereiche prüfen hierzu die infrage kommenden Maßnahmen und implementieren diese anschließend.

Zur systematischen Bewältigung versicherbarer Risiken betreibt die Österreichische Post ein internes Versicherungsmanagement. Dessen Hauptaufgaben bestehen in der laufenden Optimierung der Versicherungssituation sowie der Prozesse in der Schadenabwicklung.

Ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Risikomanagement-Team und den Risikoverantwortlichen trägt zur Überwachung der Aktualität des Risikoportfolios bei. Über den halbjährlichen Zyklus des Standardrisikomanagementprozesses ist darüber hinaus ein regelmäßiges Monitoring der Chancen und Risiken sowie deren Maßnahmen zur Steuerung gewährleistet.

4.2 Bedeutende Chancen und Risiken

Die Chancen und Risiken der Österreichischen Post AG leiten sich aus dem Risikoumfeld bzw. den Trends und Veränderungen ab, denen das Unternehmen ausgesetzt bzw. mit denen das Unternehmen konfrontiert ist. In folgenden Bereichen sehen wir bedeutende Chancen und Risiken:

4.2.1 BRIEF- UND WERBEPOSTMARKT

Die Österreichische Post erweitert im Briefbereich laufend das Leistungsangebot durch diverse Zusatzleistungen im physischen und elektronischen Bereich und adaptiert das Produktportfolio im Segment Brief & Werbepost gemäß den Anforderungen der Kund*innen. Solche Anpassungen im Produkt- und Leistungsportfolio werden durch Tarifmaßnahmen ergänzt.

Der Trend zur elektronischen Substitution von Briefen, insbesondere zur elektronischen Zustellung, wird sich dennoch weiterhin fortsetzen. Diese Entwicklung, die vom Gesetzgeber gefördert wird, kann zu nicht unerheblichen Volumenrückgängen und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

Darüber hinaus kann nicht ausgeschlossen werden, dass infolge von Änderungen der gesetzlichen Zustellvorschriften für behördliche Sendungen in Österreich ein Teil dieser Sendungen nicht mehr über die Österreichische Post AG zugestellt wird. Eine zusätzliche Beschleunigung der Substitution von Briefsendungen durch elektronische Medien ist seit dem Inkrafttreten des E-

Government-Gesetzes zu beobachten, zudem werden laufend weitere Digitalisierungsmaßnahmen vorgenommen, was zu weiteren Mengenrückgängen führen kann.

Das Geschäft mit Werbesendungen wird von der konjunkturellen Entwicklung und der Kaufkraft der Konsument*innen beeinflusst und hängt stark von der Intensität der Werbeaktivitäten von Unternehmen ab. Gerade der stationäre Handel – als wichtigste Werbepost-Kund*innengruppe – ist weiterhin mit folgenden strukturellen Trends konfrontiert: Einerseits ist eine zunehmende Marktkonzentration spürbar und andererseits leidet der stationäre Handel unter dem Wachstum des E-Commerce-Markts. Infolgedessen kann es zu einer Reduktion bei Werbemitteln und -mengen und damit auch zu einer Beeinträchtigung des Ergebnisses kommen. Die weiterhin angespannte Wirtschaftslage könnte Preismaßnahmen trotz hoher Inflation erschweren.

4.2.2 PAKETMARKT

Der E-Commerce zeigt weiterhin Wachstumspotenzial. Dies eröffnet Raum für Chancen hinsichtlich Mengen- und Preisentwicklung. Es besteht jedoch das Risiko, dass das E-Commerce-Wachstum durch ein anhaltend negatives wirtschaftliches Umfeld gebremst werden könnte. Beim E-Commerce punktet die Post durch neue, schnelle und schlanke Lösungen für Online-Bestellungen. Die Österreichische Post AG hat klare Wettbewerbsvorteile hinsichtlich Qualität und Kostenstruktur. Dennoch bleibt der Wettbewerb intensiv. Das Risiko von Mengensplit von Kund*innen sowie der intensive Ausbau von Selbstabholungslösungen auch durch Mitbewerber*innen erhöhen den Druck zusätzlich. Dadurch kann es zu Marktanteilsverschiebungen bzw. zu Preis- und Mengenrisiken kommen. Zudem ist das Paketwachstum von großen Online-Versender*innen geprägt, die weiterhin überproportional zum Markt wachsen. Durch die bereits etablierte Eigenzustellung eines*einer Großkund*in und den damit verbundenen möglichen weiteren Steigerungen der Eigenleistung dieses*dieser Großkund*in kann es zu spürbaren Mengenverlusten und damit einhergehenden Umsatz- und Ergebniseffekten kommen. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass weitere Versender*innen eine Eigenzustellung aufbauen könnten.

Nachhaltigkeitsüberlegungen und erhöhte Kund*innenanforderungen aufgrund von Lieferkettensorgfaltsbestimmungen spielen eine immer größer werdende Rolle im E-Commerce. Die Österreichische Post AG entwickelt laufend innovative und nachhaltige Produktlösungen und baut ihre CO₂-freie Zustellung weiter aus. Durch diese Aktivitäten hebt sich die Österreichische Post von seinen Wettbewerber*innen ab und dies kann zu zusätzlichen Paketmengen führen.

4.2.3 PERSONALKOSTEN UND STRUKTUR DER DIENSTVERHÄLTNISSE

Das Geschäftsmodell der Österreichischen Post ist von einer hohen Personalkostentangente geprägt. Die aktuelle wirt-

schaftliche Lage und nach wie vor erhöhte Inflation bergen weiterhin das Risiko von steigenden Personalkosten. Dem gegenüber steht die Chance durch Prozessverbesserungen Effizienzsteigerungen zu erreichen.

Weiters steht ein Teil der Mitarbeiter*innen des Österreichischen Post in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis und unterliegt den Bestimmungen des Beamtendienstrechts, dessen Änderung zusätzliche Belastungen ergeben könnten. Dementsprechend bestehen Chancen und Risiken hinsichtlich Ergebniseffekten durch den verstärkten Auf- oder Abbau von Rückstellungen aufgrund der Altersstruktur sowie der Personaloptimierungsmaßnahmen.

4.2.4 LOGISTIK- UND INFRASTRUKTURKOSTEN

In der Paketzustellung wird neben Eigenzustellung auch mit Frachtunternehmen zusammengearbeitet. Aufgrund der Zunahme der Paketmengen und der damit verbundenen steigenden Nachfrage nach Frachtdienstleistungen sowie der angestiegenen Treibstoffkosten besteht das Risiko von Kostenerhöhungen. Darüber hinaus könnten sich auch erhöhte Nachhaltigkeitsanforderungen kostensteigernd auswirken. Kosteneffekte könnten durch Produktivitätsentwicklungen in Logistikzentren verstärkt bzw. abgemildert werden. Diesem neuen Umfeld trägt die Post in ihrer Planung Rechnung, sodass ein geringerer Anstieg der Kosten als Chance zu bewerten ist.

4.2.5 WESENTLICHE BETEILIGUNGEN

Aras Kargo (Türkei) Die Österreichische Post ist zu 80 % am türkischen Paketdienstleister Aras Kargo a.s. beteiligt. Im aktuellen Umfeld besteht das Risiko, dass sich volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen zum Nachteil der Post entwickeln könnten. Als wesentliche volkswirtschaftliche Größe wäre hier vor allem der Wechselkurs zu nennen, der sich durch die Umrechnung im Post-Ergebnis bemerkbar macht. In einem kompetitiven Umfeld ist die Aras Kargo eines der führenden Unternehmen in der Türkei beim Versand von Paketen. Es besteht daher das Risiko, dass es aufgrund des intensiven Wettbewerbs zu Marktanteilsverschiebungen kommen kann. Darüber hinaus birgt auch in der Türkei der Trend einer forcierten Eigenzustellung durch große Versandhändler*innen ein Mengenverlustrisiko.

bank99 (Österreich) Die Umsatz- und Ergebnisentwicklung der bank99 ist vor allem von der Entwicklung des Zinsumfelds abhängig. Die stattgefundene Senkung des Leitzinssatzes, könnte zu Risiken führen. Darüber hinaus könnte eine nachteilige Entwicklung der Personal- und IT-Kosten oder der Risikokosten sich negativ auswirken. Diese Chancen- und Risikoaspekte könnten dazu führen, dass das Ergebnis der bank99 von den Erwartungen der Post abweicht. Die weiterhin bestehenden globalen Unsicherheiten könnten sich auf die Finanzbranche auswirken und so zu dem Risiko führen, dass bei Abwicklung eines Mitglieds der Einlagensicherung Austria (ESA) auch die bank99 einen Anteil zu leisten hat. Die

bank99 ist in einem höchst komplexen regulatorischen und rechtlichen Umfeld tätig, sie ist daher dem Risiko ausgesetzt, dass trotz größtmöglicher Sorgfalt Behörden eine anderslautende Rechtsmeinung vertreten und dies negative Konsequenzen, z. B. Strafen, Negativberichterstattung sowie Kund*innenverlust, nach sich ziehen könnte.

CEE/SEE-Beteiligungen

Im CEE/SEE Raum ist das Marktumfeld stark von hohem Wettbewerbsdruck geprägt und in der Folge einem höheren Markenerisiko geprägt. Verschiebungen in Paketmengen großer E-Commerce-Händler*innen können dieses Risiko verstärken.

Um Risiken in diesem Markt entgegenzuwirken, investiert die Österreichische Post daher auch laufend in entsprechende Prozess- und Zustelllösungen ihrer Beteiligungen.

4.2.6 UMWELT-, SOZIAL- UND GOVERNANCE-RISIKEN (ENVIRONMENTAL, SOCIAL, GOVERNANCE – ESG)

Die Österreichische Post AG verfolgt seit über zehn Jahren Nachhaltigkeitsziele. Dies spiegelt sich in der integrierten Konzern- und Nachhaltigkeitsstrategie wider. ESG-Themen haben einen hohen Stellenwert, demgemäß begrüßt und unterstützt die Österreichische Post AG Klima- und Umweltschutzmaßnahmen. Um dem verstärkten Fokus auf Nachhaltigkeit Rechnung zu tragen, hat die Österreichische Post ihr Risikomanagementsystem zu einem integrierten Risikomanagementsystem weiterentwickelt, welches die ESG-Chancen und -Risiken einbezieht.

Für eine detaillierte Aufstellung der ESG- Aspekte des Chancen- und Risikenportfolios sowie Maßnahmen zur Ergreifung der Chancen bzw. Reduktion der Risiken wird auf den Punkt 4 Nichtfinanzielle Erklärung des Konzern-Lageberichts verwiesen.

4.2.7 RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN/REGULATORIK

Die Österreichische Post AG operiert mit vielen Produkten und Dienstleistungen in einem sehr fordernden rechtlichen bzw. regulatorischen Umfeld, welches geprägt ist von z. B. dem Postmarktgesetz, Datenschutzbestimmungen, steuerlichen Vorschriften, Kapitalmarkt- und Wettbewerbsrecht, strengerer Regelungen hinsichtlich Korruption sowie fordernden Vorgaben im Bereich der Nachhaltigkeit.

Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass trotz größtmöglicher Sorgfalt seitens der Österreichischen Post sonstige Behörden, z. B. Finanzämter, Aufsichtsbehörden oder Gerichte eine abweichende Rechtsansicht vertreten und dies zu Nachzahlungen, Strafen oder Schadenersatzleistungen führen könnte.

4.2.8 IT UND ANDERE TECHNISCHE EINRICHTUNGEN

Die Österreichische Post ist in hohem Maß auf die Verwendung komplexer technischer Systeme angewiesen und setzt bei der Erbringung seiner Dienstleistungen maßgeblich auf den Einsatz

von Datenverarbeitungssystemen, modernen Kommunikationsmedien und anderen technischen Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund investiert die Österreichische Post laufend in die IT und andere technische Einrichtungen ihrer Verteil- und Zustellnetze. Die Leistungserbringung des Unternehmens hängt dabei von der Funktionsfähigkeit wichtiger Standorte ab. Sollten technische Systeme vorübergehend oder dauerhaft ausfallen oder sollte es zu unrechtmäßigen Datenzugriffen und Datenmanipulationen beispielsweise durch Cyberkriminalität kommen, könnte dies zu Störungen des Geschäftsablaufs, des Logistikbetriebs und damit einhergehenden Umsatzverlusten sowie zum Verlust von Reputation und Kund*innen führen und zusätzliche Kosten verursachen.

4.2.9 GEOPOLITISCHE UND MAKROÖKONOMISCHE RISIKEN

Die anhaltenden geopolitischen und makroökonomischen Unsicherheiten werden im Zuge der Planung berücksichtigt. Sollten sich die Unsicherheiten vergrößern, wird dem im Zuge des Risikomanagementprozesses Rechnung getragen.

4.3 Finanzielle Risiken

Für die Österreichische Post ergeben sich folgende finanzielle Risiken:

- Ausfallrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Marktrisiken

4.3.1 AUSFALLRISIKEN

Ein Ausfallrisiko besteht für die Österreichische Post darin, dass Vertragspartner*innen ihren Verpflichtungen aus operativer Geschäftstätigkeit und aus Finanztransaktionen nicht nachkommen.

Das Risiko bei Forderungen kann insgesamt als gering eingeschätzt werden, da die Mehrzahl der Kund*innen einem Bankinzugsverfahren zugestimmt hat bzw. in risikobehafteten Fällen Bankgarantien hinterlegt oder Vorauszahlungen geleistet werden. Ferner besteht ein Großteil der offenen Forderungen gegenüber Vertragspartner*innen bester Bonität.

Zur Begrenzung des Ausfallrisikos bei Wertpapieren werden nur Papiere von Emittenten mit einem Investment-Grade-Rating oder vergleichbarer Bonität angekauft bzw. gehalten. Anteile an Investmentfonds werden nur bei international anerkannten Kapitalanlagegesellschaften gehalten. Besonderes Augenmerk gilt auch der Liquidität und der Abwicklungssicherheit der abgeschlossenen Finanzprodukte. Für Geldmarkttransaktionen bestehen festgelegte Handelslimits.

4.3.2 LIQUIDITÄTSRISIKEN

Die Aufgabe der Liquiditätssicherung ist es, die Zahlungsfähigkeit der Österreichischen Post jederzeit zu gewährleisten. Basis des Liquiditätsmanagements ist ein Liquiditätsplan, der laufend Soll-Ist-Analysen unterzogen und bei Bedarf angepasst wird. Durch die aktive Steuerung von Zahlungsströmen wird der Zinssaldo optimiert.

4.3.3 MARKTRISIKEN

Marktrisiken umfassen die bestehenden Risiken aus der Änderung von Marktpreisen. In der Österreichischen Post AG bestehen im Wesentlichen Risiken aus der Veränderung von Zinsen und Währungskursen, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können.

Zinsänderungsrisiko Das Zinsänderungsrisiko stellt das Risiko dar, das sich aus der Wertänderung von Finanzinstrumenten oder zinsbedingten Zahlungsströmen infolge von Schwankungen von Marktzinssätzen ergibt. Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet das Barwertrisiko bei fest verzinsten Bilanzposten und das Zahlungsstromrisiko bei variabel verzinsten Bilanzposten. Ein Zinsänderungsrisiko liegt vor allem bei Forderungen und Verbindlichkeiten mit Laufzeiten von über einem Jahr vor. Solche längeren Laufzeiten sind im operativen Bereich nicht von materieller Bedeutung, spielen jedoch bei Finanzinvestitionen in Wertpapiere sowie bei Finanzverbindlichkeiten eine Rolle.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Finanzbereich orientiert sich am Portfolioansatz. Gesteuert werden grundsätzlich nicht Einzelpositionen, sondern das gesamte Finanzportfolio unter Bedachtnahme auf die jeweilige Grundtransaktion. Zu diesem Zweck werden selektiv auch derivative Instrumente wie Zins-Swaps und Zins-Caps eingesetzt. Das Finanzportfolio wird täglich der vorgegebenen Benchmark gegenübergestellt.

Währungsänderungsrisiko Als Währungsänderungsrisiko wird der mögliche Verlust aus Marktveränderungen durch schwankende Wechselkurse angesehen.

Auf der Aktivseite ergeben sich nur eingeschränkt Risiken aus Währungsänderungen, nachdem Lieferungen weitestgehend auf Euro-Währungsbasis abgewickelt werden und auch die Veranlagung in Wertpapiere und Termingelder überwiegend in Euro erfolgt. Zum Teil ergeben sich Währungsrisiken aus Leistungsbeziehungen mit internationalen Postbetreibern, die auf Basis einer künstlichen Währung („Sonderziehungsrechte“ bzw. „SZR“) abgerechnet werden. Der Kurs der Sonderziehungsrechte wird durch den IMF als gewichteter Durchschnitt der fünf wichtigsten Weltwährungen ermittelt. Die Schwankung des SZR-Kurses gegenüber dem Euro über die letzten drei Jahre lag innerhalb einer Bandbreite von $\pm 5\%$. Eine Änderung des SZR/EUR Kurses um $\pm 1\%$ gegenüber dem Stichtagskurs zum 31. Dezember 2025 würde zu einem Bewertungsergebnis von $\pm 1,3$ Mio EUR führen. Gesamtausage zur Risiko- und Chancensituation

4.4 Gesamtaussage zur Risiko- und Chancensituation

Die vorstehend beschriebenen Risiken und Chancen des Unternehmens werden stetig beobachtet und entsprechende Maßnahmen gesetzt bzw. Initiativen ergriffen. Ein Blick auf die bedeutenden Chancen und Risiken des Unternehmens zeigt, dass es zwar Änderungen bzw. Verschiebungen bei den Themen gibt, mit denen die Post konfrontiert ist, die Stabilität bei den Chancen und Risiken aber überwiegt. Dementsprechend ist aus heutiger Sicht der Bestand des Unternehmens nicht gefährdet.

5. Weitere rechtliche Angaben

5.1 Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Österreichische Post ist – als international tätiges Post-, Logistik- und Dienstleistungsunternehmen – im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit operativen Risiken ausgesetzt, mit denen sich das Unternehmen bewusst auseinandersetzt. Durch die Konzentration auf das Kerngeschäft sowie die jahrzehntelange Erfahrung in diesem Geschäft ist es der Österreichischen Post möglich, diese Risiken frühzeitig zu identifizieren und zu bewerten sowie rasch geeignete Vorsorgemaßnahmen zur Sicherung zu setzen. Für die Österreichische Post besteht ein einheitliches Risikomanagement, das alle Organisationseinheiten und wesentlichen Unternehmen sowie ein Internes Kontrollsystem für alle wesentlichen Prozesse einschließt. Das Interne Kontrollsystem als Teil des Risikomanagementsystems ist risikoorientiert aufgebaut und in die Betriebsabläufe integriert. Auch § 82 AktG enthält die Verpflichtung zur Einrichtung eines den Anforderungen des Unternehmens entsprechenden Rechnungswesens und internen Kontrollsystems. Berücksichtigt werden insbesondere die Rechnungslegung, die Finanz- und Nachhaltigkeitsberichterstattung sowie deren vorgelagerte Unternehmensprozesse. Für die Durchführung der Kontrollen ist die jeweilige Unternehmenseinheit verantwortlich.

5.1.1 KONTROLLUMFELD

Die Funktionen der Bereiche Treasury, Rechnungswesen und Controlling sind klar getrennt. Im Bereich Rechnungswesen setzt sich die Aufbauorganisation aus dem Rechnungswesen am Sitz der Gesellschaft sowie prozessorientierter dezentraler Teams zusammen. Die Aufgabe des Rechnungswesens besteht in der zeitgerechten, vollständigen und ordnungsgemäßen Erfassung von Geschäftsfällen und deren Darstellung in Monats-, Quartals- und Jahresabschlüssen der Österreichischen Post.

Sämtliche Belege werden elektronisch erfasst und dokumentiert weiterverarbeitet. Eingangsrechnungen werden in einer zentralen Scanstelle elektronisch erfasst, die Belege in der Buchhaltung gebucht und zur Freigabe elektronisch weitergeleitet. Die Freigabe der Belege durch die jeweiligen Sachbearbeiter erfolgt im System. Dadurch ist eine elektronische Dokumentation der Freigabe der Belege gewährleistet.

Die Ablauforganisation der monatlichen Bilanzierung folgt einem strikten Terminplan. Die Termine werden für ein Geschäftsjahr erstellt und unternehmensintern kommuniziert. Zur vollständigen und richtigen Abbildung aller bilanzierungsrelevanten Sachverhalte erfolgt eine enge Abstimmung zwischen dem Rechnungswesen und den Fachbereichen der Österreichischen Post. Diese Abstimmung erfolgt im Rahmen von strukturierten

Bilanzierungsgesprächen und dem laufenden Informationsaustausch zu neuen Geschäftsentwicklungen, strukturellen und strategischen Veränderungen sowie zu Rechtsstreitigkeiten und Unsicherheiten.

5.1.2 RISIKOBEURTEILUNG

Das interne Kontrollsystem ist risikoorientiert aufgebaut. Die bestehende Schnittstelle zwischen dem Internen Kontrollsystem und dem Compliance- und Risikomanagementsystem führt zu einer koordinierten Vorgehensweise der Bereiche.

Zusätzlich erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems durch die Revision.

5.1.3 KONTROLLMASSNAHMEN

Zur Gewährleistung einer vollständigen, zeitgerechten und richtigen Bilanzerstellung wurden in allen am Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereichen Qualitätssicherungsmaßnahmen implementiert. Die Anwendung unternehmensinterner Richtlinien (wie z.B. Bilanzierungshandbuch, Bilanzierungsrichtlinien) führt zu einer einheitlichen Behandlung der Geschäftsfälle und einer einheitlichen Bilanzierung, Bewertung und Berichterstattung. Diese Richtlinien und Anweisungen werden laufend aktualisiert.

Zusätzlich bestehen Richtlinien und Fachkonzepte zu ausgewählten Kernprozessen, insbesondere zu Beteiligungserwerben und -veräußerungen. Im Bereich der Stammdaten (z.B. SAP-Kontenplan, Kund*innendaten) sind zentrale Anlage-/Änderungsprozesse definiert worden.

Der Abschluss wird in SAP S/4 als führendem System erstellt. Alle für die Rechnungslegung und Berichterstattung relevanten SAP Module kommen zum Einsatz. Die Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt.

Durch die eingesetzte Software finden automatisierte Prüfungen statt. Neben den automatisierten Kontrollen (wie Funktionstrennung, Rechnungsfreigabe, Rechnungsprüfung) existieren manuelle Kontrollen (z.B. durch Stichproben). Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird das Vier-Augen-Prinzip angewendet. Die Schlüsselprozesse wurden dokumentiert, standardisiert und mit Kontrollpunkten versehen. Diese klar definierten Überprüfungsmechanismen ermöglichen eine frühzeitige Risikoerkennung. Zusätzlich wird sichergestellt, dass die Rechnungslegung im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften, den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und nationalen Rechnungslegungsvorschriften steht.

5.1.4 INFORMATION UND KOMMUNIKATION

Zur Wahrnehmung der Überwachungs- und Kontrollfunktionen werden wesentlichen Führungsebenen vorläufige Abschlussdaten zur Verfügung gestellt.

Im Zuge der Erstellung des Abschlusses werden folgende Berichte erstellt: Aufsichtsratsbericht, Monatsbericht, Beteiligungsbericht, Datenanalyse und -auswertung. Adressat*innen des vierteljährlich erstellten Aufsichtsratsberichts sind in erster Linie der Vorstand und der Aufsichtsrat der Österreichische Post AG. Neben dem Aufsichtsratsbericht und dem gesetzlich vorgeschriebenen Jahresfinanz- und Geschäftsbericht sowie den Zwischenberichten und der nichtfinanziellen Berichterstattung werden unterjährig weitere interne Berichte, die weiterführende Erläuterungen zu ausgewählten Positionen, Ergebnisüberleitungen und Kennzahlen enthalten, erstellt und den relevanten Führungsebenen zur Verfügung gestellt, damit diese neben der strategischen und operativen Steuerung auch ihre Überwachungs- und Kontrollfunktionen, insbesondere auch in Hinblick auf eine ordnungsgemäße Rechnungslegung und Berichterstattung, wahrnehmen können. Der Monatsbericht fasst die wesentlichen Finanz- und Leistungskennzahlen des Unternehmens – auch auf Segmentebene – zusammen. Vom Konzern-Controlling wird monatlich ein Beteiligungsbericht erstellt, der Informationen über die Entwicklung der Konzernunternehmen enthält. Zusätzlich zur Berichterstattung über Finanzkennzahlen wird dem Prüfungsausschuss halbjährlich über den aktuellen Status des Internen Kontrollsystems sowie über erfolgte Prüfungen berichtet.

Die Berichterstattung an die Aktionär*innen der Österreichische Post AG erfolgt in Übereinstimmung mit dem Österreichischen Corporate Governance Kodex sowohl über die Investor Relations-Website (post.at/investor) als auch über direkte Gespräche mit den Investor*innen. Die veröffentlichten Informationen werden allen Investor*innen zeitgleich zur Verfügung gestellt. Zusätzlich zu den Publikationen stehen den Investor*innen auf der Investor Relations-Website zahlreiche weitere Informationen – unter anderem Investoren-Präsentationen, Informationen rund um die Aktie, veröffentlichte Insiderinformationen oder der Finanzkalender – zur Verfügung.

5.1.5 ÜBERWACHUNG

Kernpunkt des operativen Risikomanagements ist die Identifizierung, Evaluierung und Beherrschung wesentlicher Risiken aus dem Kerngeschäft. Dieser Prozess wird von Schlüsselpersonen in den Divisionen und in der internen Produktionseinheit Logistiknetzwerk getragen. Der Österreichische Post-Konzern gliedert sich in die auf dem Markt tätigen Divisionen Brief & Werbpóst, Paket & Logistik und Filiale & Bank sowie in die Division Corporate, die zusätzlich vor allem Dienstleistungen im Bereich der Konzernverwaltung erbringt. In der internen Produktionseinheit Logistiknetzwerk ist die Logistik für Brief und Paket in Österreich gebündelt. Diese Leistungen werden auf Kostenbasis auf die am Markt tätigen Divisionen verrechnet.

Die in den jeweiligen Divisionen bestehenden wesentlichen Geschäftsrisiken werden identifiziert und laufend beobachtet. Auf dieser Basis werden angemessene Risiko- und Kontrollmaßnahmen festgelegt. Weitere zentrale Instrumente der

Risikoüberwachung und -kontrolle sind die Richtlinien zum Risikomanagement und zum Internen Kontrollsystem über den Umgang mit wesentlichen Risiken, der Planungs- und der Controlling-Prozess sowie die laufende Berichterstattung. Die Richtlinien umfassen beispielsweise die Festsetzung und Kontrolle von Limit-Kategorien und Handlungsabläufen zur Begrenzung finanzieller Risiken sowie die strikte Vorgabe des Vier-Augen-Prinzips. Zusätzlich erfolgen auch für den Bereich Rechnungslegungsprozess und Berichterstattung regelmäßige Überprüfungen der Zuverlässigkeit, Ordnungsmäßigkeit sowie Gesetzmäßigkeit durch die Revision. Der Planungs- und Berichtsprozess dient als Frühwarnsystem und als Basis für die Beurteilung der Wirksamkeit der eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen. Dabei folgen auf den Bericht an den Gesamtvorstand zu Spitzenkennzahlen monatliche Performance-Reviews zu den auf dem Markt tätigen Einheiten, die gemäß dem integrierten Planungs- und Berichtswesen stufenweise fortgesetzt werden.

5.2 Informationen gemäß § 243a UGB

Das Grundkapital der Österreichische Post AG beträgt 337.763.190 EUR und ist geteilt in 67.552.638 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien mit einem Nominalwert von jeweils 5 EUR. Es liegen keine Stimmrechtsbeschränkungen oder Syndikatsvereinbarungen vor, die der Gesellschaft bekannt sind.

Die Republik Österreich hält über die Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG) 52,8% der Anteile an der Österreichische Post AG (auf Basis der in Umlauf befindlichen 67.552.638 Stück Aktien). Der Gesellschaft sind keine anderen Aktionär*innen bekannt, die mehr als 10% der Anteile halten.

Soweit der Gesellschaft bekannt ist, gibt es keine Inhaber*innen von Aktien mit besonderen Kontrollrechten. Mitarbeiter*innen, die auch Aktionär*innen der Österreichische Post AG sind, üben ihre Stimmrechte individuell aus. Es existieren keine sich unmittelbar aus dem Gesetz ergebenden Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

Genehmigtes Kapital Gemäß § 5a der Satzung der Österreichische Post AG wurde der Vorstand gemäß § 169 AktG ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis 8. April 2030 um bis zu 16.888.160 EUR, durch Ausgabe von bis zu 3.377.632 Stück neuer, auf Inhaber lautenden Stammaktien (Stückaktien) gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, in bestimmten Fällen auch unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionär*innen, zu erhöhen. Die Satzungsänderung wurde am 25. Juni 2025 in das Firmenbuch eingetragen.

Bedingtes Kapital Gemäß § 5b der Satzung der Österreichische Post AG wurde das Grundkapital gemäß § 159 AktG um bis zu 16.888.160 EUR durch Ausgabe von bis zu 3.377.632 Stückaktien erhöht. Die Kapitalerhöhung darf nur zum Zweck der Gewährung von Umtausch- und Bezugsrechten an

Gläubiger*innen von Finanzinstrumenten im Sinne von § 174 AktG durchgeführt werden. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Die Satzungsänderung wurde am 25. Juni 2025 in das Firmenbuch eingetragen.

Aktienrückwerb Die ordentliche Hauptversammlung vom 18. April 2024 hat den Vorstand gemäß § 65 Abs 1 Z 4 und 8 sowie Abs 1a und 1b AktG ermächtigt, auf den*die Inhaber*in oder auf Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft im Ausmaß von bis zu 10% des Grundkapitals der Gesellschaft während einer Geltungsdauer vom 1. November 2024 bis zum 31. Oktober 2026 sowohl über die Börse als auch außerbörslich und zwar auch nur von einzelnen Aktionär*innen oder einem*r einzigen Aktionär*in, insbesondere der ÖBAG, zu einem niedrigsten Gegenwert von 10 EUR je Aktie und einem höchsten Gegenwert von 60 EUR je Aktie zu erwerben.

Der Handel mit eigenen Aktien ist als Zweck des Erwerbs ausgeschlossen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 228 Absatz 3 UGB) oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden. Der Erwerb durch den Vorstand kann insbesondere vorgenommen werden, wenn die Aktien Arbeitnehmer*innen, leitenden Angestellten und/oder Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft oder eines mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmens im Rahmen eines Mitarbeiter*innenbeteiligungsprogramms oder eines Aktienoptionsprogramms und/oder einer Privatstiftung, deren primärer Zweck das Halten und Verwalten der Aktien für eine oder mehrere der genannten Personen ist (wie etwa einer Mitarbeiter*innenbeteiligungsstiftung gemäß § 4d Abs 4 EStG) übertragen werden sollen.

Den Erwerb über die Börse kann der Vorstand der Österreichische Post AG beschließen, doch muss der Aufsichtsrat im Nachhinein von diesem Beschluss in Kenntnis gesetzt werden. Der außerbörsliche Erwerb unterliegt der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats. Im Falle des außerbörslichen Erwerbs kann dieser auch unter Ausschluss des quotenmäßigen Veräußerungsrechts durchgeführt werden (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss).

Der Vorstand wurde für die Dauer von fünf Jahren ab Beschlussfassung gemäß § 65 Abs 1b AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats und ohne neuerliche Beschlussfassung der Hauptversammlung für die Veräußerung beziehungsweise Verwendung eigener Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot, unter sinngemäßer Anwendung der Regelungen über den Bezugsrechtsausschluss der Aktionär*innen, insbesondere wenn die Aktien Arbeitnehmer*innen, leitenden Angestellten und/oder Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft oder eines

mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmens im Rahmen eines Mitarbeiter*innenbeteiligungsprogramms oder eines Aktienoptionsprogramms und/oder einer Privatstiftung, deren primärer Zweck das Halten und Verwalten der Aktien für eine oder mehrere der genannten Personen ist (wie etwa einer Mitarbeiter*innenbeteiligungsstiftung gemäß § 4d Abs 4 EStG) übertragen werden sollen, zu beschließen und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 228 Abs 3 UGB) oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.

Der Vorstand wurde ferner ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlichenfalls das Grundkapital durch Einziehung dieser eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss gemäß § 65 Abs 1 Z 8 letzter Satz in Verbindung mit § 122 AktG herabzusetzen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Einziehung von Aktien ergeben, zu beschließen.

Finanzinstrumente im Sinne des § 174 AktG Weiters wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis 8. April 2030 Finanzinstrumente im Sinne des § 174 AktG – insbesondere Wandelschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und Genussrechte, mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu 250.000.000 EUR, die auch das Umtausch- und/oder Bezugsrecht auf den Erwerb von insgesamt bis zu 3.377.632 Aktien der Gesellschaft einräumen können und/oder auch so ausgestaltet sind, dass ihr Ausweis als Eigenkapital erfolgen kann – auch in mehreren Tranchen und in unterschiedlicher Kombination auszugeben. Dies auch mittelbar im Wege der Garantie für die Emission von Finanzinstrumenten durch ein verbundenes Unternehmen der Gesellschaft mit Umtausch- und/oder Bezugsrechten auf Aktien der Gesellschaft.

Für die Bedienung der Umtausch- und/oder Bezugsrechte kann der Vorstand das bedingte Kapital oder eigene Aktien oder eine Kombination aus bedingtem Kapital und eigenen Aktien verwenden.

Ausgabebetrag und Ausgabebedingungen der Finanzinstrumente sind vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats festzusetzen, wobei der Ausgabebetrag nach Maßgabe anerkannter finanzmathematischer Methoden sowie des Kurses der Aktien der Gesellschaft in einem anerkannten Preisfindungsverfahren zu ermitteln ist.

Der Vorstand ist berechtigt, das Bezugsrecht der Aktionär*innen auf die Finanzinstrumente im Sinne des § 174 AktG mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen.

Es gibt keine bedeutsamen Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich wesentlich ändern oder enden.

Es gibt keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmer*innen für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

6. Ausblick 2026

Die Basistrends der internationalen Brief- und Paketmärkte zeigen sich unverändert. Das Briefgeschäft verzeichnet Volumenrückgänge, die im schwachen konjunkturellen Umfeld durch Digitalisierungsbemühungen privater und öffentlicher Kund*innen vorangetrieben werden.

E-Commerce ist andererseits die Triebfeder für steigende Paketvolumen. In vielen Märkten ist gleichzeitig mit intensivem Wettbewerb zu rechnen und mit Unsicherheiten durch regulatorische Einschränkungen internationaler Handelsströme.

UMSATZWACHSTUM 2026

Nach einer Umsatzentwicklung 2025, die lediglich 0,6% unter 2024 lag, wird für die Entwicklung im Jahr 2026 wieder mit einem leichten Umsatzanstieg gerechnet. Im Geschäftsjahr 2026 kommt es zu einer Änderung der operativen Divisionen: Umsatzerlöse aus Filialdienstleistungen werden nicht mehr mit Finanzprodukten kombiniert dargestellt, sondern in der neuen Division Brief, Filiale & Services (vormals Brief & Werbepost). In dieser Division dominieren weiterhin die rückläufigen Brief- und Werbevolumen die Geschäftsentwicklung. Prozessverbesserungen und Preisanpassungen werden positiv zum Umsatz beitragen, ebenso wie etwa 35 Mio EUR an Filialleistungen (vormals in Filiale & Bank). Dies inkludiert den Aufbau der neuen Telefonie-Eigenmarke YELLOW in Österreich sowie ein Entfall von ca. 20 Mio EUR an Umsatzbeiträgen aus der beendeten Telekom-Vertriebskooperation. In Summe wird für 2026 mit einem Umsatzrückgang im unteren einstelligen Bereich gerechnet. In der Division **E-Commerce & Logistics** (vormals Paket & Logistik) wird hingegen mit einem Wachstum im oberen einstelligen Bereich gerechnet. Bei konstanten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist weiterhin mit Impulsen aus dem E-Commerce zu rechnen. Unsicherheiten zur Prognose zukünftiger Handelsströme ergeben sich aus europäischen und nationalen Überlegungen durch regulatorische Maßnahmen internationale Wertschöpfung zu verlagern. Das Wachstum ist somit abhängig von Impulsen im Online-Handel, aber auch von der Wettbewerbssituation.

ERGEBNIS 2026

Neben einer leicht positiven Umsatzentwicklung ist auch mit steigenden inflationsgetriebenen Kosten zu rechnen. Daher werden auch weiterhin Initiativen ergriffen, um das Ergebnisniveau des Konzerns abzusichern. Für 2026 peilt die Österreichische Post bei schwierigem makroökonomischem Umfeld und leicht verbesserten Konjunkturprognosen eine weitgehend stabile Ergebnisentwicklung in der Größenordnung der letzten Jahre an.

INVESTITIONSPROGRAMM 2026

In den vergangenen Jahren war das Investitionsprogramm der Österreichischen Post – im Durchschnitt lag der CAPEX der letzten 5 Jahre zwischen 100 und 120 Mio EUR – geprägt vom Kapazitätsausbau in Österreich. Die Summe umfasst Ersatz- und Wachstumsinvestitionen sowie Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Logistik. Ein zentraler Schwerpunkt ist die schrittweise Elektrifizierung der Zustellflotte, um die letzte Meile in Österreich bis 2030 vollständig CO₂-frei zu gestalten.

Ziel der Österreichischen Post ist es weiterhin, Wachstum und Dividendenstärke zu vereinen.

AUSSCHÜTTUNG

Die Österreichische Post strebt weiterhin an, Wachstum mit einer starken Dividendenpolitik zu verbinden. Der Vorstand wird der Hauptversammlung am 15. April 2026 die Ausschüttung einer Dividende von 1,83 EUR je Aktie vorschlagen. Damit setzt das Unternehmen ihre attraktive Dividendenpolitik fort: Die Österreichische Post verfolgt weiterhin das Ziel, zumindest 75 % des Nettoergebnisses an die Aktionär*innen auszuschütten.

Wien, am 17. Februar 2026

Der Vorstand



WALTER OBLIN
Generaldirektor
Vorstandsvorsitzender (CEO)



PETER UMUNDUM
Generaldirektor-Stellvertreter
Vorstand Paket & Logistik (COO)



BARBARA POTISK-EIBENSTEINER
Mitglied des Vorstands
Vorständin Finanzen (CFO)

Bestätigungs- vermerk

4. BESTÄTIGUNGSVERMERK

BERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS

PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der Österreichische Post Aktiengesellschaft, Wien, bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2025, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31.12.2025 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

GRUNDLAGE FÜR DAS PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung Nr. 537/2014 (im Folgenden EU-VO) und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns bis zum Datum des Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzes und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

- ▶ 1. Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen
- ▶ 2. Bewertung der Rückstellungen für Unterauslastung

1. WERTHALTIGKEIT DER ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Sachverhalt und Verweis auf weitergehende Informationen

In den Finanzanlagen der Österreichische Post Aktiengesellschaft sind Anteile an verbundenen Unternehmen mit einem Buchwert von 748,8 Mio. EUR enthalten. Dieser Posten repräsentiert rd. 35% der Bilanzsumme zum 31.12.2025.

Die Rechnungslegungsvorschriften erfordern eine regelmäßige Überprüfung der Wertansätze. Bei Vorliegen von voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen sind außerplanmäßige Abschreibungen vorzunehmen. Bei Wegfall der Gründe für die Wertminderungen sind Zuschreibungen bis maximal zu den Anschaffungskosten erforderlich.

Die gesetzlichen Vertreter nehmen regelmäßig eine Überprüfung der Wertansätze der Anteile an verbundenen Unternehmen vor. Hierbei beurteilt die Gesellschaft, ob Anhaltspunkte für einen wesentlich gesunkenen beizulegenden Wert und damit für eine außerplanmäßige Abschreibung vorliegen. Für jene Anteile, die in den Vorjahren außerplanmäßig abgeschrieben wurden, wird überprüft, ob die Gründe für die Abschreibung weggefallen sind und dadurch eine Zuschreibung vorzunehmen ist. Bei Vorliegen von Hinweisen auf Wertminderungen oder auf Zuschreibungserfordernisse wird eine Unternehmensbewertung vorgenommen.

Im Rahmen der Bewertung müssen Einschätzungen zur Entwicklung der Erlöse und Aufwendungen und den daraus resultierenden Zahlungsmittelüberschüssen der verbundenen Unternehmen sowie Annahmen zur Festlegung des verwendeten Diskontierungszinssatzes getroffen werden. Die Bewertung ist daher mit Unsicherheiten behaftet. Für den Abschluss besteht das Risiko einer unrichtigen Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen.

Verweis auf weitergehende Informationen

Nähere Informationen finden sich im Anhang im Kapitel 2.4. bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für das Anlagevermögen, im Kapitel 3.1. bei den Erläuterungen zu den Finanzanlagen sowie in den Kapiteln 4.8. bzw. 4.9. bei den Erläuterungen zu den Erträgen aus der Zuschreibung zu Finanzanlagen bzw. den Aufwendungen aus Finanzanlagen.

Prüferisches Vorgehen

Im Zuge unserer Prüfungshandlungen haben wir uns ein Verständnis darüber verschafft, wie die Gesellschaft das Vorliegen von Anzeichen einer dauernden Wertminderung bzw. Wertaufholung überwacht. Dabei haben wir die implementierten Prozesse und Kontrollen dahingehend kritisch hinterfragt und ob diese geeignet sind, die Anteile an verbundenen Unternehmen angemessen zu bewerten.

Die der Bewertung zugrunde liegenden Planungsrechnungen und Annahmen haben wir mit den für die Planung zuständigen Mitarbeitern besprochen, kritisch gewürdigt und deren Angemessenheit anhand aktueller und erwarteter Entwicklungen sowie sonstiger Nachweise beurteilt. Die zur Festlegung des Diskontierungszinssatzes herangezogenen Annahmen, die Eignung der Bewertungsmodelle und die rechnerische Richtigkeit der Bewertungen haben wir unter Einbeziehung von internen Bewertungsspezialisten überprüft. Zur Beurteilung der Planungstreue haben wir die tatsächlichen Zahlungsmittelströme mit den in Vorperioden angenommenen Planzahlen verglichen und Abweichungen mit den für die Planung verantwortlichen Mitarbeitern besprochen. Schließlich haben wir uns davon überzeugt, dass die Ergebnisse der Bewertungen ordnungsgemäß verbucht wurden.

2. BEWERTUNG DER RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNTERAUSLASTUNG

Sachverhalt und Verweis auf weitergehende Informationen	Prüferisches Vorgehen
In den sonstigen Rückstellungen sind Rückstellungen für Unterauslastung mit einem Buchwert von 123,8 Mio. EUR enthalten. In die Bewertung dieser Rückstellungen gehen zukunftsbezogene Schätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter über den Grad der Unterauslastung der jeweiligen Mitarbeiter, über künftige Gehaltssteigerungen und Fluktuationsabschläge sowie den angemessenen Diskontierungszinssatz ein. Die Bewertung ist daher mit Unsicherheiten behaftet, zumal Änderungen der genannten Parameter wesentliche Auswirkungen auf die Höhe der Rückstellungen und den Jahresüberschuss haben. Für den Jahresabschluss besteht das Risiko einer unrichtigen Bewertung der Rückstellungen für Unterauslastung. Verweis auf weitergehende Informationen Nähere Informationen finden sich im Anhang im Kapitel 2.8. bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für die Rückstellungen sowie im Kapitel 3.8. bei den Erläuterungen zu den Rückstellungen.	Im Zuge unserer Prüfungshandlungen haben wir uns ein Verständnis darüber verschafft, welche Prozesse und Kontrollen die Gesellschaft eingerichtet hat, die eine angemessene Bewertung der Rückstellungen für Unterauslastung sicherstellen. Wir haben diese Prozesse nachvollzogen und ausgewählte Kontrollen auf deren Ausgestaltung, Implementierung und Effektivität evaluiert. Die der Bewertung zugrunde liegenden Parameter und Annahmen haben wir mit den für die Bewertung zuständigen Mitarbeiter sowie dem von der Gesellschaft für die vorgenommenen Kalkulationen hinzugezogenen Sachverständigen besprochen, kritisch gewürdigt und deren Angemessenheit beurteilt. Im Rahmen einer Stichprobe von Mitarbeitern haben wir untersucht, ob der für die Bewertung herangezogene Unterauslastungsgrad nachvollziehbar festgelegt wurde. Wesentliche Veränderungen bei einzelnen Mitarbeitern haben wir analysiert und die Gründe für die geänderte Bewertung hinterfragt. Bei neu in die Rückstellungen aufgenommenen Mitarbeitern bzw. bei nicht mehr in den Rückstellungen enthaltenen Mitarbeitern haben wir die Ursachen dafür hinterfragt und die genannten Begründungen gewürdigt. Auf Basis der von der Gesellschaft vorgenommenen Sensitivitätsberechnungen haben wir die Auswirkungen allfälliger Änderungen bzw. Abweichungen bei den relevanten Parametern analysiert. Schließlich haben wir uns davon überzeugt, dass die Ergebnisse der Bewertungen ordnungsgemäß verbucht wurden.

VERANTWORTLICHKEITEN DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit - sofern einschlägig - anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

VERANTWORTLICHKEITEN DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit der EU-VO mit und den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- ▶ Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- ▶ Wir gewinnen ein Verständnis von den für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben.
- ▶ Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.

- ▶ Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- ▶ Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- ▶ Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in den internen Kontrollen, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- ▶ Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben, und tauschen uns mit ihm über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und - sofern einschlägig - auf vorgenommene Handlungen zur Beseitigung von Gefährdungen oder angewandte Schutzmaßnahmen auswirken.
- ▶ Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

BERICHT ZUM LAGEBERICHT

Der Lagebericht ist aufgrund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält zutreffende Angaben nach § 243a UGB und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Lagebericht nicht festgestellt.

ZUSÄTZLICHE ANGABEN NACH ARTIKEL 10 DER EU-VO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 9.4.2025 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 8.7.2025 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit 2021 Abschlussprüfer.

Wir erklären, dass das Prüfungsurteil im Abschnitt „Bericht zum Jahresabschluss“ mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 der EU-VO in Einklang steht.

Wir erklären, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen (Artikel 5 Abs. 1 der EU-VO) erbracht haben und dass wir bei der Durchführung der Abschlussprüfung unsere Unabhängigkeit gewahrt haben.

AUFTRAGSVERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Gerhard Posautz.

Wien, 18.2.2026



BDO Assurance GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Gerhard Posautz e.h.
Wirtschaftsprüfer

Mag. (FH) Johannes Waltersam e.h.
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs. 2 UGB zu beachten.

Erklärung der gesetzlichen Vertreter

Erklärung der gesetzlichen Vertreter gemäß § 124 Abs.1 Z.3 Börsegesetz

Als gesetzliche Vertreter der Österreichische Post AG bestätigen wir nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss zum 31. Dezember 2025 ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht inklusive konsolidierter nichtfinanzieller Erklärung für das Geschäftsjahr 2025 den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht, und dass der Konzernlagebericht inklusive konsolidierter nichtfinanzieller Erklärung die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 des Mutterunternehmens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Wien, am 17. Februar 2026

Der Vorstand



Walter Oblin
Generaldirektor
Vorstandsvorsitzender (CEO)



Peter Umundum
Generaldirektor-Stellvertreter
Vorstand Paket & Logistik (COO)



Barbara Potisk-Eibensteiner
Mitglied des Vorstands
Vorständin Finanzen (CFO)

PULS

**Das aktuelle Magazin PULS ist online.
Mehr dazu in unserem Online-Report 2025 unter
report.post.at oder direkt per QR-Code Scan:**



post.at/investor
